

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Marientreppe 10 • 24939 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Montag bis Freitag 9.30 - 12.00 Uhr Telefon (04 61)2 67 08 ■ Telefax (04 61) 2
67 09 Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)3 15 60 21

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder

40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF' Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT Seite

Reimer Witt
Deutsch-dänische Archivvereinbarungen
Ein Modellfall für europäische Konfliktlösungen?.....92

Matthias Scharf
Schwarzmarkt - Kopfgeld - Wirtschaftswunder Die
Währungsreform 1948
in der Region Schleswig-Flensburg.....105

Martin Klatt
Der SSW Ende der 1990er Jahre -
Veränderungen einer Parteidentifikation.....123

Umschau ab Seite 134

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.

Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Lothar Hay (V.i.S.d.P.), Moorbachwinkel 8, 24939 Flensburg

Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee

Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg

Redaktionsanschrift: Marientreppe 10, 24939 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Telefon 04 61 / 9 33 04 ■ Telefax 04 61 / 9 43 55 • e-mail: cicero-mc@t-online.de

Druck: Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Deutsch-dänische Archivvereinbarungen

Ein Modellfall für europäische Konfliktlösungen?

von REIMER WITT

Der Internationale Archivrat (ICA) ist eine nichtstaatliche Organisation mit konsultativem Status bei der UNESCO. Als Fachverband setzt er sich weltweit für die Professionalisierung der Archivare, die Förderung des Archivwesens und die Bewahrung und Nutzung des archivistischen Weltkulturerbes ein. Auf Europaebene hat er für die Koordinierung bilateraler und multilateraler Aktivitäten, für den Ausgleich divergierender Interessen und Standards, insbesondere in Ost-, Mittel- und Südosteuropa, und für die Entwicklung von Informations- und Fortbildungsmöglichkeiten aus Repräsentanten des europäischen Archivwesens eine Programmkommission (Coordinating Board for European Programme - ICA/EUR) eingerichtet. Sie ist u. a. verantwortlich für die inhaltliche Programmgestaltung der Europäischen Archivgipfel, auf denen Präsidenten, Vorsitzende und Direktoren von National- und Staatsarchiven sowie Archivarsverbänden ihre Standpunkte und Erfahrungen zu bestimmten Themenkreisen darlegen.

Aus Anlaß des 200jährigen Bestehens des Schweizerischen Bundesarchivs fand im Mai 1998 der zweite Archivgipfel in Bern statt. Er war der Problematik grenzüberschreitender oder auf mehrere Staaten aufgeteilter oder durch Krieg zerrissener Archivbestände gewidmet. Um nur einige Beispiele zu nennen: Das historische Osmanische Reich umfaßte den gesamten östlichen Mittelmeerraum: wie kommt man bei der heutigen Staatenwelt zu einem archivistischen Überblick oder gar freien Nutzungsmöglichkeiten von Akten ehemals gemeinsamer Einrichtungen? Die baltischen Staaten und die Staaten der neuen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ringen um die Klärung von Rückgabe und Nutzung in den Zentralarchiven der ehemaligen UdSSR überlieferter Archivbestände. Das heutige Polen bemüht sich nach den vielfältigen Teilungen des 18. Jahrhunderts und den jüngeren Grenzverschiebungen verzweifelt um eine Übersicht und Sammlung der für seine Geschichtsforschung notwendigen Archivüberlieferung in Österreich, Deutschland und Rußland und anderen Anrainerstaaten. Der Zerfall des ehemaligen Jugoslawien hat auch alte Archivnachbarschaften zerrissen und die auf ihre Geschichtsforschung und Identitätsfindung bedachten neuen Staaten von ihren Unterlagen in den ehemaligen Zentralarchiven abgeschnitten.

Wie die gegenwärtigen Diskussionen zeigen, gibt es keine Grundsatz- oder Patentlösungen, wohl aber den ernsthaften Willen zu einem offenen und kollegialen Meinungsaustausch zur Abklärung gegensätzlicher Standpunkte. Daß trotz schwieriger Ausgangssituationen einvernehmliche Klärungen möglich sind, dafür

kann das Landesarchiv Schleswig-Holstein ein hoffnungsvolles historisches Beispiel bieten. Der Leiter des Landesarchivs, Dr. Reimer Witt, selbst Mitglied des ICAJ EUR, hat seinen Kolleginnen und Kollegen in Bern den mühsamen, aber erfolgreichen Weg von früheren Restriktionen zur heutigen Kooperation vorgestellt.

Die Redaktion

Einführung

Dieser europäische Archivgipfel in Bern steht unter dem Thema der „cross border archives“. Es hat durch großpolitische Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa ebenso an Aktualität wie an hoffnungsvoller Lösungsbereitschaft gewonnen. Wir haben in drei vorhergehenden Referaten von unserer Kollegin Daria Nalecz über die vielfachen polnischen Teilungen und ihre archivischen Auswirkungen ebenso gehört wie von unserem russischen Kollegen Vladimir Tiuneev über die Bemühungen zur Bewahrung, Zugänglichkeit und Benutzung von Archivbeständen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Unser türkischer Kollege Bekir Kemal Ataman hat über die disparate Archivsituation des früheren Ottomanischen Reiches und die archivischen Benutzungsmöglichkeiten in Istanbul berichtet. Diese Referate verdeutlichen den gegenwärtigen Abstimmungs- und Klärungsbedarf, der für zukünftige Problemlösungen archivischer Bestandsermittlung, -Zusammenführung oder Substitution und für die freie Benutzung der zersplitterten Archivbestände notwendig sein wird. Ich möchte Sie heute in die Archivgeschichte eines kleinen Landes einführen, das wohl als positives Beispiel mittlerweile historischer Konfliktlösung auf dem Archivsektor angesehen werden kann. Schleswig-Holstein liegt auf der cimbrischen Halbinsel, welche die Nordsee und die Ostsee voneinander trennt. Als nördlichstes Bundesland der Bundesrepublik Deutschland mit rund 2,7 Millionen Einwohnern und einer Grundfläche von 15 770 qkm erstreckt es sich von der Elbe im Süden bis an die dänische Grenze im Norden. Es ist von seiner geographischen Lage her immer gleichzeitig Front und Brücke zwischen Ost und West und Nord und Süd gewesen.

Die Schilderung seiner Lage und der Name des Landes mit Bindestrich signalisieren eine komplizierte Geschichte. Der englische Außen- und Premierminister Lord Palmerston, der sich um das Gleichgewicht der europäischen Mächte ebenso bemüht hat wie um die Erhaltung des Vielvölkerstaates Österreich, ist wiederholt mit dynastischen Erbfolgefragen unseres Landes befaßt gewesen und hat im englischen Unterhaus bemerkt, daß dieses Thema so außerordentlich kompliziert sei, daß es nur drei Personen verstanden hätten: Albert, der Gemahl Königin Viktorias und Prinz von Sachsen-Coburg-Gotha, der mittlerweile verstorben sei, ein deutscher Professor, der darüber verrückt geworden sei, und er selbst, der mittlerweile die Zusammenhänge aber vergessen habe.

Das Zusammenwachsen von Schleswig und Holstein

Mit der Komplexität dynastischer und staatsrechtlicher Probleme möchte ich Sie nicht behelligen, sondern nur feststellen, daß sich im 12. Jahrhundert nördlich der Eider das Herzogtum Schleswig als Bestandteil des Königreichs Dänemark ausbildete, während südlich davon bis zur Elbe ein deutsch-rechtliches Territorium Holstein entstand. Von deutscher wie von dänischer Seite war man bemüht, aus unterschiedlichen politischen und dynastischen Interessen beide Territorien gemeinsam unter seine Herrschaft zu bringen. Dieses gelang im 15. Jahrhundert nach blutigen Kämpfen, in denen viele deutsche Adlige, aber auch Bürger und Bauern nach Norden vordrangen und im Herzogtum Schleswig ansässig wurden. Ihr Vordringen schuf die Voraussetzungen für staats- und nationalpolitische Konflikte in späterer Zeit. In ihrem Interesse sollte sich der dänische König Christian I. aus dem deutschen Haus der Oldenburger 1460 in einer grundlegenden Wahlkapitulation (Handfeste) auf eine Realunion der beiden Territorien Schleswig und Holstein untereinander und ihre Verbindung mit dem Königreich Dänemark in Personalunion verpflichten. Bei seiner Wahl zum Landesherrn mußte er den Ständen zusichern, daß diese als Korporation ungeteilt und die beiden Herzogtümer auf ewig zusammen bleiben sollten.

Der Weg zum dänischen Gesamtstaat

Die Erben Christians I. setzten sich über diese Verpflichtungen hinweg und teilten die Länder nach privatrechtlichen Gesichtspunkten auf, aber stets so, daß ihre Besitzungen als Streugebiete diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Staatsgrenze lagen, sie also gleichsam überwölbten und durch ihre Gemengelage die Einheit der Lande gewährleisteten. Unter den Teilherzogtümern, die sich vor allem aus den Erbfolgeregelungen der Sonderburger Linie ergaben, erlangte der Gottorfer Staat besondere Bedeutung. Die Herzoge entwickelten sich im 16. Jahrhundert zu einem selbstbewußten nordeuropäischen Fürstengeschlecht und bildeten durch ihre enge Allianz mit Schweden eine stets bedrohliche Gefahr im Rücken Dänemarks. Ihr Stern sank im Nordischen Krieg, in dem es um die Vorherrschaft in der Ostsee ging und Zar Peter der Große für Rußland „das Fenster zum Westen“ aufstieß. In einer glücklichen Heiratspolitik, durch welche die Gottorfer auf den russischen Zarenthron gelangten, versuchten sie noch einmal mit Gewalt, Besitzansprüche auf verlorene Territorien im Herzogtum Schleswig durchzusetzen. Katharina die Große stürzte ihren Gatten, Zar Peter II. aus gottorfischem Haus, und ebnete den friedlichen Weg zu dem gottorfisch-russisch-dänischen Tauschvertrag von 1773, der zur „Ruhe des Nordens“ führte. Dänemark stand auf dem Höhepunkt seiner Macht und erreichte seine größte territoriale Ausdehnung. Der Staat umfaßte das Königreich selbst, Norwegen, Island, die Färöer, Grönland, drei westindische Inseln und die Herzogtümer Schleswig und Holstein.

Politik und Archivwesen zum Ende des Gesamtstaats

Die territoriale Entwicklung am Ende des 18. Jahrhunderts hatte für Schleswig-Holstein gewichtige archivistische Folgen. Alle einzelnen und gemeinschaftlichen Archive der Teilherzogtümer fielen durch Erbfall, Krieg, Beschlagnahme oder Verhandlungen an den dänischen König und wurden außer Landes gebracht, in Kopenhagen konzentriert und insbesondere dem Geheimen Archiv einverleibt. Das geschah in der Regel heimlich oder zumindest unauffällig, denn absolutistische Regierungspolitik war für die Untertanen der Staaten keineswegs transparent. Darüber hinaus entsprachen diese Maßnahmen dem üblichen Verwaltungshandeln der damaligen Zeit und waren keinesfalls in nationalen Überlegungen oder Emotionen begründet, die heutzutage leicht unterstellt werden könnten.

Vier Momente mußten Anfang des 19. Jahrhunderts Zusammenkommen, um die Probleme der Archivtransfers bewußtzumachen:

- die Schwächung des dänischen Gesamtstaates durch die napoleonischen Kriege, die Dänemark 1814 das Königreich Norwegen kosteten und nur eine unzureichende Kompensation mit dem kleinen deutschen Herzogtum Lauenburg im Südosten Holsteins brachten,
- das Drängen nach liberalen Verfassungen, die eine Beseitigung des Absolutismus und eine Beteiligung der Bevölkerung an der staatlichen Politik, Justiz und Verwaltung forderten,
- das Erwachen romantischer Geschichtsschreibung, die sich in Schleswig-Holstein an idealisierten Verhältnissen mittelalterlichen Volkslebens orientierte und das Bewußtsein für Deutsch und Dänisch stärkte, und
- die Dynamisierung eines Nationalbewußtseins, das insbesondere im Norden Schlesiens zu Spannungen zwischen Dänen und Deutschen führte und auch Krieg als Mittel der Politik nicht ausschloß.

Die ersten Urkundenbücher zur schleswig-holsteinischen Geschichte entstanden als Sammlung ausgewählter Privilegien zur Rechtfertigung ständischer Ansprüche und konnten sich auf die Überlieferung des Ritterschaftlichen Archivs stützen. Seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts konzentrierten sich Politiker und Historiker auf die Quellensuche zur Sicherung historischer Rechte. Sie waren vorwiegend Professoren der Kieler Landesuniversität und zumeist liberale Streiter für eine Konstitution, in der die Rechte des Monarchen beschnitten und die historisch gewachsene Zusammengehörigkeit des zu Dänemark gehörigen Herzogtums Schleswig mit dem zum Deutschen Bund gehörigen Herzogtum Holstein gefestigt werden sollte. Die konstitutionellen Ideen wurden zunehmend durch nationales Engagement überlagert. Die Spannungen im dänischen Gesamtstaat wuchsen.

Nationales Erwachen und Archivbewußtsein

Der Geschäftsführer der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinisch-Lauenburgische Geschichte, der späterhin auch in ganz Deutschland sehr bekannte Professor Georg Waitz, bedauerte in seinem Jahresbericht 1845/46, daß „die fürstlichen Archive ... wechselnden Schicksalen ausgesetzt gewesen und jetzt grossentheils ihrer eigentlichen Heimath entfremdet“ sind. In Kopenhagen „liegt nun der Hauptschatz unserer Landesurkunden ... Nicht gerade in der besten Ordnung befinden sich diese Sachen; doch sind sie hier wohl am Besten aufgehoben, bis einmal alle die verschiedenen Urkunden unserer Herzogthümer ... vereinigt werden können“. (- Eine neue Zukunft schimmerte auf! -) Denn „durch ein eigenthümliches Schicksal hat keins der ... Herzogthümer ... ein eigenes Landesarchiv innerhalb seiner Grenzen.“ Waitz sah sich aber noch veranlaßt, konzilient und versöhnlich „hinzuzufügen, dass bisher niemals ... Forschern der Geschichte der Zugang zu den alten Urkunden des Landes erschwert worden ist, dass vielmehr unsere für wissenschaftliche Studien jederzeit lebhaft tätige und teilnehmende Regierung fd. i. die Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei in Kopenhagen] in früherer und neuerer Zeit auch den Gebrauch der Archive bereitwillig gestattet hat.“¹

Diese Haltung war zwei Jahre später nicht mehr gegeben, als auch Schleswig-Holstein, von dem europäischen Revolutionsgedanken erfaßt und von freiheitlichem Nationalstaatsgedanken erfüllt, sich 1848 gegen den dänischen König erhob. Die Herzogtümer verlangten neben den allgemeinen Märzforderungen wie Verfassung, Volksvertretung, Volksbewaffnung, Pressefreiheit und Aufhebung der Zensur insbesondere die Aufrechterhaltung der Rechte des Landes und seines angestammten Landesherrn. Sie sahen den dänischen König durch neue politische Konstellationen in seiner Hauptstadt Kopenhagen in seiner Freiheit als Herzog von Schleswig-Holstein eingeschränkt und erklärten ihn für unfrei. Gleichzeitig schloß sich die Provisorische Regierung der Herzogtümer den Einheits und Freiheitsbestrebungen Deutschlands an und forderte die Aufnahme des Herzogtums Schleswig in den Deutschen Bund. „Schleswig-Holstein wird eine Sache ganz Deutschlands und zur bedeutendsten außenpolitischen Frage“² der deutschen Revolutionsjahre 1848/49. Der außenpolitische Druck Rußlands auf Preußen, das ebenso wie andere Staaten des Deutschen Bundes die Schleswig-Holsteiner militärisch unterstützte, führte zum Rückzug der Verbündeten, so daß die Erhebung der Herzogtümer nach dreijährigem Krieg (1848-1851) zusammenbrach. In den Folgejahren unterband Dänemark nach Möglichkeit alle Gemeinsamkeiten zwischen dem dänischen Schleswig und dem deutschen Holstein-Lauenburg, hob gemeinsame Behörden und Gerichte auf, richtete im fernen Kopenhagen gesonderte Ministerien und im Lande getrennte Ständeversammlungen für Schleswig und Holstein ein und betrieb eine aggressive Sprachpolitik. Dennoch blieben die Kernprobleme, nach dem Londoner Vertrag von 1852 die

Nationalitäten im Herzogtum Schleswig gleichberechtigt zu behandeln und das Herzogtum Schleswig nicht in das Königreich Dänemark zu inkorporieren, ungelöst und auch unlösbar. Die deutschen Garantiemächte Preußen und Österreich sahen in der neuen dänischen Verfassung von 1853 einen Verstoß gegen die Verträge und erzwangen im deutsch-dänischen Krieg 1864 von Dänemark die Herausgabe der Herzogtümer.

Der Wiener Frieden von 1864 und die Archivalienfrage

Bereits während der Friedenspräliminarien hatte der Kieler Professor Wilhelm Junghans seine Stimme erhoben und sich erlaubt, „die Aufmerksamkeit der von den hohen Regierungen Oesterreichs und Preussens für die Friedensverhandlungen bestellten Bevollmächtigten auf einen Punkt zu richten, dessen Nichtberücksichtigung von empfindlichen Nachtheilen für das von der Verbindung mit Dänemark befreite Schleswig-Holstein sein würde; das Recht Schleswig-Holsteins an seinen alten historischen Landesarchiven, das Recht und die Pflicht der beiden hohen Mächte ... , von Dänemark dieselben zu reclamiren.“³ Die Diplomaten sollten es als ihre Pflicht ansehen, sowohl „diese älteren Landesarchive, als die laufenden Ministerial- und Departementalarchive bei den Friedensverhandlungen zurückzufordern“.⁴

Die erhofften Regelungen fanden sich in dem Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864. Artikel XX verlangte, daß

1. „die Besitzurkunden und Schriftstücke der Verwaltung und bürgerlichen Rechtsprechung, die die abgetretenen Territorien betreffen und sich in den Archiven des Königreiches Dänemark befinden, so bald wie möglich den Kommissaren der neuen Regierung für die Herzogthümer ausgehändigt werden“ und
2. „alle diejenigen Teile der Archive in Kopenhagen, die den Herzogthümern gehört haben und aus deren Archiven entnommen worden sind, ihnen mitsamt den zugehörigen Listen und Registern ausgeliefert werden.“⁵

Die Umsetzung des Archivartikels bis 1875/76

Die Interpretation dieses Artikels war, so klar sie schien, auf beiden Seiten durchaus unterschiedlich und strittig. Die Dänen, die gerade 1850/51 geschickt norwegische Rückgabeforderungen von Archivalien abgewehrt hatten, legten dementsprechend als taktisches Ziel fest, ihre Archive so vollständig wie möglich zu bewahren, keine Archive insgesamt, sondern nur in ausgewählten Aktenbänden abzugeben und das Geheime Archiv und königliche Hausarchiv ganz intakt zu lassen.

Unter diesen Prämissen kam es bei den ersten Verhandlungen im Juni 1865

sofort zu massiven Spannungen zwischen den dänischen und deutschen Unterhändlern.⁶ Es bedurfte langer und zäher Verhandlungen, bis es nach Phasen heftigen „Tauziehens“ (in den Jahren 1865-71) und einer Verschärfung der preußischen Verhandlungsführung (1871-1873) nach dem Sieg über Frankreich im Jahre 1875/76 zu umfassenderen, abschließenden Archivalienauslieferungen aus Kopenhagen kam. Hierzu zählten neben Registraturen ehemaliger Teilherzogtümer, die Unterlagen schleswig-holsteinischer Obergerichte, Aktenbestände jüngerer Kanzleien und der gerade in Kopenhagen aufgelösten Ministerien für Schleswig sowie Holstein-Lauenburg.

Aus dem wichtigen Archiv der Deutschen Kanzlei in Kopenhagen standen keine Akten zur Disposition, welche die Auswärtige Politik, die dänische Monarchie und das Königshaus oder Militärsachen betrafen.⁷ Diese Restriktionen und vor allem wohl Vorbehalte einflußreicher Schleswig-Holsteiner, die meinten zu kurz gekommen zu sein, hinderten den Kieler Universitätsbibliothekar und preußischen Verhandlungskommissar Henning Ratjen - trotz seiner Zusicherung, keine weiteren „Anforderungen auf fernere Aktenauslieferungen“ zu stellen - die ausgehandelten Übergabevereinbarungen offiziell zu ratifizieren. Diese Haltung hat die dänische Archivwelt bis zum Ersten Weltkrieg verunsichert und sie auch in einer restriktiven Haltung gegenüber deutschen Archivbenutzern bestärkt. Sie befürchtete, daß eine intensivere Kenntnis der älteren Bestände zu neuen, weitergehenden Forderungen Preußens führen könnte.⁸

Preußen hatte nicht nur nachdrücklich die archivischen Austauschverhandlungen betrieben, sondern sorgte auch für eine angemessene Ausgestaltung des Archivwesens in seiner neuen Provinz. Nach dem deutschen Krieg und seinem Sieg über Österreich 1866 hatte es die Herzogtümer Schleswig-Holstein annektiert und damit die Alleinherrschaft übernommen. Georg Hille, ein wissenschaftlicher Archivar und überzeugter Anhänger des Provenienzprinzips, wurde eingestellt und legte mit der lokalen Überlieferung staatlicher Behörden in einem adaptierten Zweckbau, dem Hatten'schen Hof am Schleswiger Dom", den Grundstock für ein modernes Archivwesen in Schleswig-Holstein.

Die Grenzziehung von 1920 und neue archivische Austauschverhandlungen

Ebenso ungelöst wie die überregionale Archivfrage blieb die ethnische Frage im nördlichen Schleswig, wo die Mehrheit der Bevölkerung an ihrer dänischen Sprache, Kultur und Nationalität festhielt. Weder die Danisierungspolitik im zerfallenden dänischen Gesamtstaat noch die Germanisierungspolitik Preußens hatten dieses Problem lösen können, das teilweise schließlich in den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 aufgenommen wurde. Darin wurden Volksabstimmungen in Nordschleswig gefordert, nach denen im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker eine neue Grenzziehung im Norden Schleswig-Holsteins erfolgen sollte.

Diese Abstimmungen wurden im Frühjahr 1920 in zwei Zonen durchgeführt, von denen sich die nördliche mehrheitlich für Dänemark entschied. Ein Gebiet von 4000 qkm mit 163 000 Einwohnern wurde an Dänemark abgetreten.

Auch wenn die Archivfrage nicht in das überregionale Versailler Vertragswerk eingebracht werden konnte, so wurde sie zumindest für die aktuellen Verwaltungsakten der abgetretenen nordschleswigschen Kreise in einem bilateralen Vertrag vom 10. April 1922 zwischen Deutschland und Dänemark geregelt. Während die Abgabe derjenigen lokalen Akten an Dänemark, die für die Fortführung der Verwaltung und Rechtsprechung in den abgetretenen Gebieten von Bedeutung waren, relativ schnell und pragmatisch gelöst wurde, gestaltete sich eine vertragliche Regelung für eine zweite Forderung Dänemarks weitaus schwieriger. Sie verlangte neben der Abgabe lokaler Archive auch die Einbeziehung einschlägiger Archivalien von Zentralbehörden, die für Nordschleswig zuständig gewesen waren, ihren Sitz aber nicht im abgetretenen Gebiet gehabt hatten. Damit waren dänischerseits dieselben Probleme angesprochen, die zu Spannungen im deutscherseits nicht ratifizierten Austausch im Jahre 1875/76 geführt hatten. Die nachfolgenden Verhandlungen wurden jetzt zur Bereinigung auch dieser offenen gebliebenen Archivfragen des 19. Jahrhunderts genutzt.

Die Verständigungsgrundlage

Ein tragbarer Kompromiß der komplizierten Situation fand sich, als sich beide Seiten darauf verständigten, für die historischen Archivalien von dem Provenienzprinzip abzusehen und mit bestimmten wechselseitigen Gegenleistungen auf einer Grundlage des „do ut des“, des wechselseitigen Gebens und Nehmens, weiter zu verhandeln. Man einigte sich schließlich, das beiderseitige wissenschaftliche Forschungsinteresse in den Mittelpunkt der Austauschverhandlungen zu stellen. Dabei kam es den Dänen vor allem darauf an, die allgemeine Außenpolitik sowie die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit und das Militärwesen der dänischen Monarchie gegenüber dem Gesamtstaat als Ganzem dokumentieren und gegebenenfalls auch verteidigen zu können. Die Deutschen meinten, nicht auf Akten der ehemals in Kopenhagen ansässigen für die Herzogtümer zuständigen Zentralbehörden wie der Deutschen Kanzlei und der Rentekammer verzichten zu können.

Das Archivabkommen vom 15. Dezember 1933

Nach mehr als 10 Jahren hatten Ringens gelang ein mühsames, aber erfolgreiches Ergebnis in dem Abkommen über den Austausch historischer Akten vom 15. Dezember 1933. Es war nur möglich geworden durch besondere Formen der Aktenführung bei den älteren schleswig-holsteinischen Zentralbehörden. Sie hatten ein spezifisches Nebeneinander praktiziert von losen Akten und fortlau-

fenden Reihen gebundener Journale und Korrespondenzprotokolle, die im wesentlichen den gleichen Inhalt wie die Akten hatten. Auf diese Weise konnte ein Interessensausgleich erzielt werden z. B. bei den Teilungen für die wertvollen Bestände der ehemals in Kopenhagen ansässigen Deutschen Kanzlei 1730-1770 und des Schleswigschen Ministeriums 1852-64. Von der Deutschen Kanzlei behielt das preußische Staatsarchiv die im 19. Jahrhundert ausgelieferten Akten, während die Sammlung der Patenten- und Reskriptenbände an Dänemark zurückging, umgekehrt erhielt Dänemark die Akten und Journale des Schleswigschen Ministeriums zurück, während die meisten Bände der Korrespondenzprotokolle in Deutschland verblieben.

Im übrigen konnte das preußische Staatsarchiv auch bedeutende Lücken schließen durch zahlreiche Urkunden aus dem alten Gemeinschaftlichen Archiv, durch große die Außenpolitik betreffende Teile des Gottorfer Archivs und durch wesentliche Ergänzungen für die Archive des Herzogtums Plön, der schauenburgischen Grafschaft Pinneberg, der Grafschaft Rantzau und des Klosters Reinfeld sowie zahlreiche ältere Amtsrechnungen für holsteinische und gottorfisch-schleswigsche Ämter und Landschaften und vor allem umfangreiche Aktenbestände der Militärbehörden aus der Erhebungszeit von 1848 bis 1851.

Der Kompromiß wurde unter archivischen und wissenschaftlichen Gesichtspunkten insofern noch erträglicher, als beide Seiten sich zur Übersendung von Archivalien verpflichteten, wenn diese zur Ermittlung von Einzelheiten, zur Klärung von Rechtsfragen und für Forschungszwecke erforderlich war.¹⁰ Die Regelung ist in diplomatischen Noten nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal bekräftigt worden und gilt bis heute fort. So ist ein grenzüberschreitender archivalischer Leihverkehr ohne Probleme möglich, auch wenn heute aus konservatorischen Gründen die Ausleihe von - zumeist kostenlos zur Verfügung gestellten - Mikrofilmen bevorzugt wird.

Die Reform des dänischen Archivwesens

Im Jahre 1889 war das dänische Archivwesen neu organisiert worden. Neben dem Reichsarchiv in Kopenhagen waren drei Landesarchive eingerichtet worden, welche regional die Archivalien der staatlichen Behörden aufnehmen sollten. Bei der Neuordnung hatte man aber die Probleme nicht vorhersehen können, die sich aus der Wiedergewinnung der nordschleswigschen Kreise 1920 ergaben. So lebte nördlich der neuen Grenze eine heftige Diskussion wieder auf, ob die Archivalien Nordschleswigs in dem Landsarkiv for Nørrejylland in Viborg oder in einem neu zu schaffenden Archiv untergebracht werden sollten, über dessen Standort in der Region noch zu entscheiden war.

Vom Archivdepot zum „Landsarkivet for de Spnderjyske Landsdele“

Bereits im November 1922 entschloß man sich zur Einrichtung eines vorläufigen Archivdepots in Apenrade, gerade 20 km nördlich der deutschen Grenze. Aus politischen Gründen, aber auch wegen der starken Arbeitsbelastung bei der Übernahme der lokalen Akten aus preußischer Zeit war das Archivdepot vorerst nur privilegierten Einzelpersonen, bekannten Archivaren und Historikern, zugänglich. Doch mußte der Reichsarchivar sich im Sommer 1926 dem öffentlichen Druck von deutscher und dänischer Seite beugen und einen Publikumsbesuch im Archivdepot zulassen. Befürchtungen, daß ein Verbringen der Archivalien an die Peripherie oder gar nach außerhalb der dänischen Grenzregion geplant sei, hätte einer Minderheit einen guten Trumpf in die Hand gegeben, die Nordschleswig betreffenden Archivalien in dem benachbarten preußischen Staatsarchiv zu belassen.

Die Entscheidung fiel durch Gesetz vom 28. April 1931 für ein neues „Landsarkivet for de Sønderjyske Landsdele“ mit dem endgültigen Standort Apenrade, wo schon immer das örtliche Engagement der Sprach-, Geschichts-, Wähler- und Schulvereine ein besonderes Gewicht entwickelt hatte; hinzu kam die testamentarische Verfügung des angesehenen und um die dänische Grenzregion besonders verdienten Politikers H. P. Hanssen, daß sein Nachlaß auf jeden Fall in Apenrade verbleiben solle. Im Landesarchiv Apenrade sind heute unter anderem auch unteilbare Protokollreihen aus gesamtstaatlich-dänischer und aus preußisch-deutscher Zeit verwahrt, die Gebiete südlich und nördlich der heutigen Grenze betreffen."

Unzulänglichkeiten des Archivalien austausches

Wenn ich anfangs das Landesarchiv Schleswig-Holstein als ein Archiv mit grenzüberschreitender Überlieferung vorstellte, so mußten das benachbarte Landsarkiv for de Sønderjyske Landsdele und ebenso das dänische Reichsarchiv in Kopenhagen in diese Betrachtung einbezogen werden. So erfolgreich der wiederholte deutsch-dänische Archivalien austausch auf staatlicher und lokaler Ebene auch angesehen werden muß, so sehr zeigt er doch die Schwäche und Unvollkommenheit menschlichen Handelns, wenn es um die Aufteilung gewachsener Archiveinheiten geht. Die Anwendung des in der Fachwelt unabdingbaren Provenienzprinzips wurde auf beiden Seiten verworfen. Politische Prämissen und unterschiedliche Archiv- und Wissenschaftsinteressen waren nicht klar abgegrenzt und erforderten stets harte Kompromisse. Verhandeln konnten Politiker, Wissenschaftler und Archivare nur um Akten und Registraturen, die sie kannten. Die Non-Possidentes, die jeweils besitzlosen Fordernden, waren stets im Nachteil, da es vielfach keine gründlichen Registraturpläne, Findbücher oder eingehende Bestandsbeschreibungen für die aufzuteilenden Aktenfonds gab, mitunter interne Umgruppierungen auch verschwiegen wurden und Ungeduld, Unwillen und Un-

verständnis neuen Bestandsaufnahmen und -Verzeichnungen entgegenstanden.

Von vorsichtiger Distanz zur kollegialen Kooperation

Um diese Unzulänglichkeiten wissen wir vielfach erst heute; zum einen weil die Erstellung von Bestandsverzeichnissen und Findbüchern durch den Einsatz moderner Medien überproportional im Vergleich mit früheren Zeiten zugenommen hat und zum andern weil ihr Austausch auch leichter und schneller möglich ist. Die Findmittel sind heute Grundlage vertrauensbildender Maßnahmen und schaffen mit ihrer allgemeinen Distribution bessere Kenntnisse über die Nachbarbestände, besseres Wissen um den Kontext eigener Bestände und gleichzeitig eine Basis für weiteres, neues Vertrauen. Dieses ist allerdings nur möglich auf einer zuverlässigen, generellen Vertragsgrundlage, die keine neuen, ungewissen Rückforderungen begründet, sondern den Informationsfluß und Substitutionsmöglichkeiten fördert.

Überhaupt müssen sich Archivare darüber im klaren sein, daß ihre speziellen Verträge nur so gut sind wie das politische Umfeld, in dem sie entstehen und interpretiert werden. Das gegenseitige Beharren auf vermeintlich historischen Rechten hat sich im deutsch-dänischen Verhältnis mehr als blutiges Schwert erwiesen denn als einträchtige Grundlage rechtlicher Lösungen. Die deutsch-dänischen Unterhändler haben ihre Abmachungen trotz intensiver Beratungen als Stückwerk, aber keinesfalls als verzichtbar empfunden. Sie haben sie stets als notwendige Grundlage archivischen Handelns gesehen, sie in positiver Auslegung zugunsten ihrer Benutzer und der Forschung genutzt, ihre Härten durch technische Hilfestellungen gemindert und ihre Schwächen durch Kooperation verbessert.

Zukünftige Gemeinsamkeiten und Vorhaben

Lassen Sie mich diese Thesen an unserem schleswig-holsteinisch-dänischen Beispiel abschließend zusammenfassen:

- Die Ergebnisse der Austauschverhandlungen sind 1933 verbindlich festgeschrieben und trotz kleinerer Abgaben nicht mehr grundsätzlich in Zweifel gezogen worden. Dieses Prinzip war um so leichter einzuhalten, als Desiderate durch substitutive Verfilmung oder Kopierung etc. kompensiert werden konnten.
- Die Benutzungsregelungen sind in der Vergangenheit im Interesse der Benutzer jeweils nach den rechtlichen Möglichkeiten und dem wissenschaftlichen Bedarf aktualisiert worden. Heute gelten die jeweiligen Archivgesetze, die bei Sachakten nach Schutzfristen von 10 Jahren (Schleswig-Holstein) bzw. 30 Jahren (Dänemark) freien Zugang gewähren.
- Grenzüberschreitende Aktenversendungen sind auch zolltechnisch problem-

los möglich, werden in der Regel aber über Mikrofilm abgewickelt.

- Auf Schleswig-Holsteinischen Archivtagen und archivarischen Fachtagungen stellen Kollegen aus Dänemark Informationen über grenzüberschreitende Bestände des Landsarkiv for de Sønderjyske Landsdele vor.¹²
- Beide Archive stehen in wechselseitigem Austausch von gedruckten Findmitteln und Archivpublikationen.
- Zu historischen Themen werden in Schleswig und Apenrade gemeinsame wissenschaftliche Kolloquien - wie jetzt zur „Schleswig-Holsteinischen Erhebung von 1848“ - durchgeführt.
- Die Publikation gemeinsamer Findbücher beider Archive zur grenzüberschreitenden Überlieferung des Amtes und Kreises Tondern ist in Vorbereitung.
- Die Verfilmung zersplitterter Volkszählungslisten aus gesamtstaatlich-dänischer Zeit ist zentral im Landsarkiv for Nørrejylland in Viborg erfolgt; die Filme stehen jetzt beiderseits der Grenze zu Benutzung und Kauf zur Verfügung.
- Im Rahmen von ICA-Veranstaltungen und bei Fortbildungsveranstaltungen mit Kolleginnen und Kollegen des Baltikums finden gegenseitige Besuche beider Institutionen statt.

Die Kooperation ist noch durch die Neuordnung des dänischen Archivwesens im Jahre 1992 gestärkt worden. Der Leiter des Apenrader Archivs ist jetzt fester in die Staatliche Archivverwaltung Dänemarks integriert, hat direktere Verbindungen zum Reichsarchiv und ist mit der Wahrnehmung der Kontakte nach Deutschland beauftragt. Ein besonderes Zeichen der Entwicklung von der Konfrontation zur Kooperation ist auch in einer Namensänderung des Apenrader Archivs zu sehen, das jetzt seit 1993 unabhängig von Sprachregelungen der Abstimmungszeit selbstbewußt „Arkiv for Sønderjylland“ heißt.

Das Landesarchiv Schleswig-Holstein findet Rückhalt für sein gutes Verhältnis zu den dänischen Kollegen auch in einem Schutz der dänischen Minderheiten südlich der Grenze, der in der Kieler Minderheitenerklärung von 1949, in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 und in unserer neuen Landesverfassung vom 13. Juni 1990 verankert ist. Er gilt als Modellösung für Europa. Dieser Hintergrund hat mich ermutigt Ihnen heute das Landesarchiv Schleswig-Holstein als Beispiel eines „cross border archives“ vorzustellen, dessen Funktionieren nicht nur von der archivarischen Professionalität, sondern ebenso von den allgemeinen politischen Rahmenbedingungen abhängt.

Anmerkungen

- 1 Zitate aus Waitz, Georg: Jahresbericht der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte für 1845/46. In: Neues Archiv der Schleswig-

- Holstein-Lauenburgisehen Gesellschaft für vaterländische Geschichte, Bd. 3, 1858, S. X1V-XIX.
- 2 Jessen-Klingenberg, Manfred: Geschichte Schleswig-Holsteins, Freiburg, 5. Aufl. 1991, S. 71.
 - 3 Junghans, Wilhelm: Die älteren Landesarchive Schleswig-Holsteins und deren Rücklieferung von Seiten Dänemarks, In: Jahrbücher für die Landeskunde der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, Bd. 8, 1866, S. 1.
 - 4 Thomsen, Hans Kargaard: Arkiv forhandlingler med Preussen 1864-75. In: Arkiv. Tidsskrift for Arkivforskning. Bd. 11, Kopenhagen 1986-87, S. 168.
 - 6 Hoffmann, G. E., Suhr, W., Hector, K.: Übersicht über die Bestände des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs in Schleswig, Schleswig 1953, S. II-III; Worspe, Hans H.: Den arkivalske grænse. In: Grænsen i 75 år, Aabenraa 1995, S. 268.
 - 7 Zum Verlauf der Verhandlungen siehe im einzelnen: Thomsen, H. K. (Anm. 5).
 - 8 Hille, Georg: Übersicht über die Bestände des K. Staatsarchivs zu Schleswig. In: Mitteilungen der K. preußischen Archivverwaltung, Heft 4, Leipzig 1900; West, F. J.: Oversigt over de i Rigsarkivet opbevarede Arkivalier vedr. Hertogdømmet Slesvig eller Sønderjylland. Fortid og Nutid Bd. III, 1921, S. 40-65; Richter, Paul: Das Staatsarchiv und seine Bestände in Kiel. In: Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte, Bd. 53, 1923, S. 316-324; Richter, Paul: Die Entwicklung des Kieler Staatsarchivs und seine Bestände. In: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine, Jahrgang 74, 1926, S. 253-263.
 - 9 Vgl. Thomsen, H.K. (Anm. 5), S. 191.
 - 10 Hector, Kurt: Das Schleswig-Holsteinische Landesarchiv. Eine Jubiläumsbetrachtung. In: Schleswig-Holstein. Monatshefte für Heimat und Volkstum, 1970, Heft 1, S. 2-5
 - 11 Hjelholt, Holger: Den dansk-tyske Arkivudveksling i April-Maj 1936. Hvad vi fik, og vad vi afstod. Fortid og Nutid, Band XII, 1937, S. 1-11; Linvald, Axel: Dansk-tysk Arkivudveksling. Historisk Tidsskrift X, Reihe 4, Band 4, 1937, S. 109-120; Stephan, Walter: Das deutsch-dänische Abkommen über den Austausch historischer Archivalien. In: Archivalische Zeitschrift, Bd. 42/43, München 1934, S. 338-343.
 - 12 Gribsvad, Frode, Hvidtfeldt, Johan, Landsarkivet for de sønderjyske Landsdele. En Oversigt, Aabenraa 1944 (Vejledende Arkivregistratuer VI); Thomsen, Hans Kargaard: Oprettelsen af Landsarkivet for de Sønderjyske Landsdele. In: Arkiv. Tidsskrift for Arkivforskning, Bd.4, Kopenhagen 1972, S. I 11-137; Worspe, Hans H. (s. Anm 5); Rasmussen, Troels: Den danske-tyske traktat 1922. Den praktiske ordning af den nye grænse mellem Danmark og Tyskland, Aabenraa 1996.
 - 13 Worspe, Hans H.: Die Bestände des Landsarkivet for de sønderjyske Landsdele besonders zur Geschichte des alten Amtes und Kreises Tondern sowie der Nordseeinseln (3. Schleswig-Holsteinischer Archivtag in Westerland auf Sylt, 1987). In: Schleswig-Holsteinische Archivtage 1985-1987. Ansprachen und Vorträge - hrsg. v. Angelika Menne-Haritz, Schleswig 1987 (Veröffentlichungen des Schleswig-Holsteinischen Landesarchivs, Bd. 20).

Schwarzmarkt - Kopfgeld - Wirtschaftswunder

Die Währungsreform 1948 in der Region Schleswig-Flensburg¹

von *MATTHIAS SCHARTL*

Mythos „Deutsche Mark“

Nicht eine Verfassung als Legitimation des demokratischen Neuanfangs in Deutschland, nein, das „Wunder der Schaufenster“, wie es der weise Politologe Theodor Eschenburg einmal listig formulierte, stand am Beginn der Bundesrepublik Deutschland². Am 20. Juni 1948 nahm jeder Bürger des zur Tri-Zone vereinigten ehemaligen amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebietes 40 Deutsche Mark entgegen. Erst ein knappes Jahr später, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz verkündet und am 19. September desselben Jahres der erste Bundestag gewählt. Die Deutsche Mark gilt als die Initialzündung für das bundesdeutsche Wirtschaftswunder, sie hat den stürmisch verlaufenden Wiederaufbau eingeleitet. Die Währungsstabilität schließlich war die Basis für dauernden Wohlstand und soziale Sicherheit.

Im Unterschied zur Währungsreform im Juni 1948 wird der Aufbruch in die europäische Währungsunion mit der Einführung des Euro von vielen Bundesbürgern als unkalkulierbares Abenteuer empfunden. Der „wehmütige“ Abschied von der Mark darf jedoch nicht den Blick dafür verstellen, daß die damalige Einführung des Papiergeldes, dessen Stabilität vor allem auf dem Vertrauen der Bevölkerung beruhte, ein riskantes Abenteuer war. Während die Deutschen in den Nachkriegswirren aber voller Sehnsucht auf eine Besserung der Verhältnisse hofften, überwiegt heute das Mißtrauen, und die der Faszination der Deutschen Mark erliegenden Bundesbürger fürchten, sich mit dem neuen Geld Verluste einzutauschen. Dabei spielt das Wissen, daß der Währungsumtausch nur wenige Gewinner, aber unzählbare Verlierer produzierte, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die in den fünfziger Jahren kolportierte Auffassung, es hätten für alle gleiche Startbedingungen geherrscht, gehört ebenso in das Reich der Legende wie die Mär von der „Stunde Null“, die es tatsächlich nie gegeben hat.

Alliierte Pläne

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus war in Deutschland jegliche staatliche Autorität verschwunden. Aus eigenem Verschulden wurden die Deutschen zum Objekt alliierter Besatzungspolitik. Um die völlige Auflösung der noch vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen zu verhindern, mußte das bestehende machtpolitische Vakuum rasch gefüllt werden. Dies geschah am 5. Juni 1945

durch die Übernahme der politischen und militärischen Gewalt durch die vier Siegermächte. Ein dornreicher und schmerzvoller Prozeß setzte ein, bis die Menschen im besiegten Land - bei unterschiedlicher Entwicklung in Ost und West - ihre Eigenverantwortung zurückgewinnen und die politischen, ökonomischen und kulturellen Angelegenheiten wieder selber regeln konnten³.

Wie das neue Staatswesen aussehen sollte, darüber hatten die Alliierten unterschiedliche, ja anfangs sogar nur vage Vorstellungen. Gemeinsam war nur die Auffassung, das deutsche Volk trotz der in seiner Verantwortung begangenen Verbrechen weder zu vernichten noch zu versklaven. An den Grundsatzentscheidungen von Potsdam im August 1945, bei denen auch die Möglichkeiten erörtert wurden, wie die Bevölkerung auf ein Leben auf demokratischer und friedlicher Grundlage vorbereitet werden konnte, waren die Deutschen naturgemäß nicht beteiligt. Darüber hinaus erschienen die Aufgaben zur Bewältigung der anstehenden Alltagsprobleme gewaltig und kaum lösbar.

Wichtigstes Ziel war die Sicherstellung der Ernährung. Die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen hatte die Bevölkerungsziffer in einzelnen Regionen dramatisch anschwellen lassen, in Schleswig-Holstein erhöhte sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Vorkriegsstand von 1,5 auf 2,5 Mio. im Oktober 1946 und stieg bis 1948 nochmals auf über 2,6 Mio. Davon waren 42,6 Prozent Flüchtlinge⁴. Flensburg zählte am 1. Januar 1950 rund 105.000 Einwohner gegenüber 71.000 im Jahr 1939, die Kreise Flensburg und Schleswig ca. 85.000 bzw. 135.000 gegenüber nur 44.674 bzw. 77.600 im letzten Vorkriegsjahr⁵.

Unter der strengen Aufsicht der Alliierten, in Schleswig-Holstein waren es die Briten, wurde in einem mehrstufigen Konzept der Neuaufbau der Demokratie und der staatlichen Autorität in die Wege geleitet. Verwaltung, Justiz und Bildungswesen wurden bis in die untersten Ebenen hinein von politisch Belasteten gesäubert und rekonstruiert. Während Stalin in der sowjetischen Besatzungszone mit harter Hand seine Interessen durchsetzte und die SBZ für Reparationen regelrecht ausplünderte - allein in Sachsen waren über 900 Betriebe betroffen - setzten die Westalliierten, allen voran die Amerikaner, dieser Abstrafungspolitik Anfang 1947 ein Ende.

Hamsterfahrten und Schwarzer Markt

Wirtschaftliche und soziale Nöte bestimmten den deutschen Nachkriegsalltag. In ihrem Wahn nach der Erringung der Weltherrschaft hatten die Nationalsozialisten nicht nur Millionen Menschenleben auf dem Gewissen und halb Europa verwüstet, sondern auch Kriegsschulden von annähernd 400 Milliarden Reichsmark vererbt, die als ungedeckter Scheck die Inflationsspirale in Bewegung setzten. In den ersten Monaten nach Kriegsende halfen die verbliebenen Rohstoffvorräte zwar noch über den Mangel hinweg, es konnte sogar ein leichter wirtschaftlicher

Aufschwung konstatiert werden. Im außergewöhnlich harten Krisenwinter 1946/47 gerieten aber Energieversorgung und Transportwesen wegen fehlender Kohle und Brennstoffe an den Rand des Zusammenbruchs. Die Leistungsfähigkeit der hungernden und frierenden Menschen sank dramatisch ab. Der Produktionsindex in der amerikanischen und britischen Zone lag im Oktober 1946 bei nur noch 38 Prozent des Standes von 1936⁶.

Der Wert der Reichsmark tendierte gegen Null, jeder Maßstab war verlorengegangen. Dollars waren gefragt, amerikanische Zigaretten der Marken „Camel“ und „Lucky Strike“ im Gegenwert von zehn Reichsmark und mehr wurden zur heißbegehrten, ja lebensnotwendigen Ersatzwährung. Mancher verdiente sich mit dubiosen Schwarzmarktgeschäften eine „goldene Nase“. Auf dem Schwarzmarkt konnte das Kilo Mehl bis ca. 50 RM kosten, was dem Wochenlohn eines Facharbeiters entsprach. Ein Pfund Butter wurde gar mit 300 RM gehandelt, ein Paar Schuhe mit bis zu 600 RM⁷.

Wer nicht über gute Beziehungen verfügte, nur ein geringes Einkommen aufwies oder in den Kriegswirren als Flüchtling sämtliches Hab und Gut verloren hatte, mußte mit den amtlichen Lebensmittelkarten auskommen. Eine Grundversorgung war damit kaum möglich. Diese noch bis Anfang der 50er Jahre hinein gültigen Bezugsscheine sahen z. B. nur ein Ei im Vierteljahr vor. Pro Monat kamen gerade 150 Gramm Fett zur Verteilung. Die von den Besatzungsbehörden angestrebten täglichen 1500 Kalorien pro Person wurden fast nie erreicht. Allenfalls Schwerarbeiter in der Metallindustrie und im Bergbau konnten mit Zulagen rechnen. In Flensburg mußten die Menschen vom März 1946 an mehrere Monate lang mit knapp 1000 Kalorien auskommen⁸. In Schleswig waren es im März 1948 gerade 1298 Kalorien. Erst zur Jahreswende 1953/54 lag der Kalorienwert wieder auf Vorkriegsniveau⁹.

„Infolge der Rationskürzungen und der dadurch entstehenden Not haben die Vergehen gegen die Verbrauchsregelungsstrafverordnung erheblich zugenommen“, mußte das besorgte Flensburger Stadternährungsamt an Oberbürgermeister I. C. Möller berichten¹⁰. Ohne uneigennützig Hilfe zur Abwehr der katastrophalen Ernährungssituation wie die legendären amerikanischen „Care-Pakete“ wäre das Überleben für die Masse der Bevölkerung kaum möglich gewesen. Das Flensburger „Volksspeisewerk“ betreute ab Mai 1945 in elf Küchen rund 6000 Menschen pro Tag. Darüber hinaus gab es einen speziellen Mittagstisch für Flüchtlinge im Deutschen Haus, durch den täglich bis zu 1100 Personen beköstigt wurden“. Auch die „Sydslesvighjælp“ versorgte in großem Stil, wenn auch nicht ganz uneigennützig, die notleidende Bevölkerung in der Grenzregion. Allein 1947 konnten ca. 79.000 Menschen von den aus Dänemark stammenden Hilfssendungen profitieren¹².

Auf der anderen Seite weckte die Mangelwirtschaft ungeahnte und kreative Kräfte. Nach den Zeiten brutaler Unterdrückung des Geisteslebens war der kulturelle

Nachholbedarf beinahe unersättlich. Überall strömten die Menschen in Theateraufführungen, Konzerte, Kinos und Varietes und waren dankbar für alles, was von den alltäglichen Sorgen abzulenken versprach. Nachdem als Folge der Währungsreform die leeren Mägen aber wieder anderweitig gefüllt werden konnten, ebnete das Publikumsinteresse schlagartig ab¹³.

„Hilf Dir selbst“, lautete das Motto. Jeder Flecken Erde, ob in Blumenkästen oder in dunkelsten Hinterhöfen, wurde genutzt, um Nahrungsmittel zu produzieren. Über den Krieg gerettete Gegenstände wurden vor allem nach ihrem Tauschwert beurteilt und auf dem Schwarzmarkt angeboten. Überall wurde organisiert, gefeilscht, gegen Bestimmungen verstoßen und selbst Lebensmittelkarten im großen Stil gefälscht. Markante Punkte in den Städten, wie in Schleswig z.B. ein Bretterzaun in der unteren Moltkestraße, waren wichtige Informationsbörsen. In der in Flensburg schon im Krieg eingerichteten Tauschzentrale in der Großen Straße herrschte reges Leben.

Auf der Suche nach Lebensmitteln strömten Städter unter den Augen hilfloser Ordnungshüter bei Hamsterfahrten zu Tausenden aufs Land und kehrten, oft in heillos überbesetzten Zügen, auf den Waggondächern sitzend oder auf Trittbrettern festgeklammert, mehr oder minder beladen zurück. Oft waren es die Frauen, die wegen der nur begrenzten Einsatzfähigkeit oder des Fehlens der Männer den täglichen Überlebenskampf für die Familien zu bewältigen hatten. Auf der Suche nach Brennmaterial sägten notleidende Menschen selbst in städtischen Parkanlagen die Bäume ab.

„Wildwest herrscht, aber ohne Romantik“, klagte das Flensburger Tageblatt über die steigende Kriminalität¹⁴. Mitten in Flensburgs Innenstadt, auf dem Holm, aber auch an der Schifflbrücke oder im berühmten Oluf-Samson-Gang, wurden die dunklen Geschäfte abgewickelt, trotz motorisiertem Polizeieinsatz mit speziellen „Schwarzmarkt-Abwehr-Kommandos“ und ungeachtet der beinahe täglichen „Großrazzien“. „Zubringer“ für die Händler seien oft, so das Tageblatt, „überwiegend Kriegsbeschädigte und junge Menschen, die mehr aus Not als aus Passion Handlanger im Guten und im Bösen geworden und so infolge der Hungerzeit durch den Selbsterhaltungstrieb in den großen Sog der Verelendung hineingeraten sind“. Erschreckend war die Zunahme der von jungen Menschen verübten Straftaten¹⁵.

Verbrecherbanden suchten die Dörfer heim, Bauern machten Profite beim lukrativen „Schwarzschlachten“. So heißt es in einem Bericht des Kieler Kuriers über mehrere „schamlose Schwarzschlächter“ im Kreis Schleswig, daß diese „19.000 Wochenrationen Schwarz-Fleisch“ veruntreut hätten¹⁶. Trauriger Höhepunkt war die Ermordung eines Polizeibeamten in Tolk bei Schleswig im November 1946, dem dreiste und später vom Obersten Gericht der britischen Control-Commission zum Tode verurteilte Diebe die Kehle durchgeschnitten hatten¹⁷.

Neben den Verwaltungen der Länder und Kommunen, die Ordnung in das heillo-

se Chaos zu bringen versuchten, waren es vor allem die im Wiederaufbau befindlichen Gewerkschaften und die Betriebsräte, die in Resolutionen, Aktionen aber auch zähen Verhandlungen mit der Militärregierung versuchten, die unerträglichen Nachkriegsnöte abzumildern. Demonstrationen und Streiks zeugen vom wachsenden Selbstbewußtsein in Teilen der Arbeitnehmerschaft. Während auf der einen Seite die Löhne und Gehälter eingefroren wurden, trieb der Schwarzhandel die Preise in die Höhe. Da half auch eine von den Briten schon im Oktober 1945 verkündete und vom alliierten Kontrollrat in einer Direktive im September 1946 ergänzte Lockerung des Lohnstopps nicht viel. Immerhin aber konnten in einzelnen Orten wie etwa in Kiel für einzelne Berufsgruppen höhere Lohnabschlüsse erreicht werden. Diese traten jedoch erst nach der Währungsreform in Kraft und wurden durch gleichzeitige Kaufkraftsenkungen erheblich relativiert¹⁸. Die zuvor im lukrativen Rüstungsgeschäft engagierte Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft mußte Mitte 1946 einen Teil der Belegschaft entlassen, nachdem ihr Konzept zur Umstellung auf die Friedensproduktion von der Militärregierung verworfen worden war. Wenig später mußte der Betrieb wegen Brennstoffmangels sogar für kurze Zeit geschlossen werden. Als der erste vollständige Nachkriegsneubau im Oktober 1948 vom Stapel gelaufen war, erwies sich die Auftragslage weiterhin als kritisch. Die Stimmung in der Arbeitnehmerschaft verschlechterte sich zusehends und wurde durch kursierende Gerüchte über bevorstehende Demontagen weiterhin angeheizt.

In Flensburg und Schleswig, wo der aufbrechende nationale Konflikt für zusätzlichen Zündstoff sorgte, organisierten die Gewerkschaften als Interessenvertreter der Arbeitnehmer mehrfach Großkundgebungen. Am 1. Mai 1947 verlangten tausend Menschen auf dem Südermarkt die Sicherung ausreichender Ernährung, menschenwürdigen Wohnraum sowie die Zuweisung von Brennstoffen und Bekleidung und weiterer lebensnotwendiger Bedarfsgüter. Zwei Wochen später bekundeten über zehntausend Flensburger in einer der größten Demonstrationen, die die Fördestadt bis dahin gesehen hatte, ihren Protest in einer „Hungerdemonstration“. Mehrere landesweite Warnstreiks und die Veranstaltungen zum 1. Mai 1948 mündeten nochmals in eindrucksvollen Kundgebungen gegen die sozialen Nöte der Zeit¹⁹.

Wende in der westlichen Besatzungspolitik

Unter diesen Umständen schien die Rückkehr Deutschlands in den Kreis der demokratisch legitimierten Völkerfamilie unvorstellbar. Ein geschwächtes Land im Kern Europas widersprach im aufziehenden „Kalten-Krieg“ aber dem Interesse der Westalliierten. Mit zwei weltweit Aufsehen erregenden Reden in Stuttgart und Zürich am 4. und 14. September 1946 hatten der amerikanische Außenminister

Byrnes und Englands Premierminister Winston Churchill einen politischen Kurswechsel angedeutet. Die während der letztlich gescheiterten Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 verkündete „Truman Doktrin“ sah erstmals ein Aktionsprogramm vor, das dem wachsenden sowjetischen Einfluß in Südosteuropa und im Nahen und Mittleren Osten Einhalt gebieten sollte.

Das Symbol für die veränderte Haltung der Alliierten schlechthin war der sog. Marshallplan. Dieses umfassende Hilfsprogramm für ganz Europa zur Wiederherstellung der Arbeitsteilung und Revitalisierung der Ökonomie auf dem vom Kriege zerstörten Kontinent verbannte die unseligen „Karthagopläne“ Henry Morgenthau, die die „De-Industrialisierung“ und Verwandlung Deutschlands in einen Argrarstaat vorgesehen hatten, endgültig in die Schubladen. Der Marshallplan sicherte der Großmacht Amerika wesentlichen Einfluß auf die westdeutsche Wirtschaft. Wirtschaftswachstum wiederum war eine wichtige Voraussetzung für die politische Stabilität des zusammenwachsenden Westdeutschland und zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses. Zwar flössen bis 1952 erst ca. 1,6 Mrd. Dollar nach Deutschland. Die gewährten ERP-Kredite aber waren mit Blick auf französische Forderungen bei der Lösung des Reparationsproblems unverzichtbar und gaben den Deutschen neue Hoffnung²⁰.

Schon zum 1. Januar 1947 hatten sich die amerikanische und die britische Zone zur Bi-Zone, dem späteren vereinigten Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossen, dem Mitte 1948 auch das französische Besatzungsgebiet angegliedert wurde. Beide Besatzungsgebiete, das britische mit seinem Industriepotential und das mehr agrarisch geprägte amerikanische, ergänzten sich überaus erfolgreich. Mit der Bildung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main im Juni 1947, gewissermaßen der Vorläufer des Bundestages, gewann auch die deutsche Selbstverwaltung erheblich an Bedeutung. Einen Monat später begann in Paris die europäische Konferenz für wirtschaftliche Zusammenarbeit, deren Schlußbericht im September die amerikanische Besatzungsdirektive ICS 1067 vom 17. Juli 1947 bekräftigte, nach der der Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Alten Welt und eine erfolgreiche europäische Zusammenarbeit nur bei gleichzeitiger Einbindung der deutschen Wirtschaftskraft möglich sei. Die Grundlagen für die neue Deutschlandpolitik der Westmächte waren gelegt²¹.

Zwar hörten auch in der Sowjetzone im Rahmen einer flexibleren Reparationspolitik seit Ende 1947 die Demontagen auf. Statt dessen wurden aber über 200 wichtige Industriebetriebe in sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt und weiterhin Kapital und Grundbesitz enteignet. Der Einfluß der privaten Großindustrie und der Banken, die als Auftraggeber für Hitlers Raubzüge galten, sollte zurückgedrängt werden. Den damit einsetzenden Wettlauf mit den Westzonen aber konnte der Osten Deutschlands aufgrund der schlechteren Startbedingungen nicht für sich entscheiden. Von der durch den Krieg fast vollkommen ausgebluteten und verarmten Sowjetunion waren zudem kaum Aufbauhilfen zu erwarten.

Die Westalliierten hingegen setzten auf den freien Warenhandel und blockten aufkeimende Sozialisierungsforderungen, wie sie nicht nur Gewerkschaften und Sozialdemokraten, sondern anfänglich auch prominente Christdemokraten vertraten, konsequent ab. Der spätere Wirtschaftsminister und legendäre Vater des „Wirtschaftswunders“, Ludwig Erhard, hatte schon 1943 als konsequenter Verfechter der neoliberalen Volkswirtschaftslehre in einer Denkschrift führenden Persönlichkeiten des Widerstands seine Gedanken zur wirtschaftlichen Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg nahegebracht, die sich an rechtsstaatlichen Grundsätzen und marktwirtschaftlichen Prinzipien orientieren müsse²².

Das eigentliche Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, von der CDU zur Bundestagswahl 1949 übernommen, stammte jedoch aus der Feder des nordrhein-westfälischen Christdemokraten Alfred Müller-Armack. Er betrachtete die Verbindung plan- und marktwirtschaftlicher Elemente für den wirtschaftlichen Wiederaufbau als sinnvoll. Dem Staat kam dabei die Aufgabe zu, den Wettbewerbsrahmen festzulegen und soziale Härten abzufangen. Insbesondere Ludwig Erhard, als Direktor der Frankfurter Wirtschaftsverwaltung seit Mitte 1947 mit den Vorbereitungen der Währungsreform beauftragt, verstand es, sich eigenmächtig und zum Teil auch seine Kompetenzen überschreitend gegen westalliierte Vorstellungen durchzusetzen²³.

Mit ihrem Postulat des freien Warenaustausches als Grundlage des erhofften Wohlstands für alle, in dem Leistungs- und Preiswettbewerb sowie Angebot und Nachfrage sich gegenseitig steuerten, kamen beide sozialdemokratischen Positionen durchaus nahe. Die SPD hatte schon auf ihrem Hannoveraner Parteitag 1946 Wettbewerbselemente und eine Stärkung der Massenkaufkraft gefordert. Mit Forderungen nach Verstaatlichung der wichtigen Schwerindustrie, der Banken und Energieunternehmen gerieten die Sozialdemokraten jedoch ins politische Abseits. Dabei ergab sich das Paradox, daß die SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat gegen alle Vorschläge Erhards stimmte, während die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen die dortigen Mehrheitsbeschlüsse loyal umsetzten.

Die Unterschiede zwischen den politischen Lagern waren zwar nur gering, die parlamentarischen Grundsatzdiskussionen in den frühen fünfziger Jahren aber waren von äußerster Härte gekennzeichnet. Anfangs jedoch glich das Konzept der sozialen Marktwirtschaft allenfalls einem papierenen Postulat, dem sich die Wirklichkeit erst mit fortschreitendem Wirtschaftsaufschwung bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung annäherte.

Vorbereitungen für den „Tag X“

Für die deutsche Nachkriegspolitik bildete angesichts der aufgehäuften Kriegsschulden die Währungsreform die Grundlage für die Gesundung der Volkswirt-

schaft. In einem ersten Schritt hatten Vertreter der deutschen Länder und Provinzen schon am 17. November 1945 in einem Memorandum vergeblich die Sanierung des Geldwesens gefordert. 250 weitere Währungsreformpläne wurden danach in unterschiedlichsten Fachgremien erarbeitet, verworfen, umgearbeitet, um im Juni 1948 endgültig Makulatur zu werden. Auch in Amerika veröffentlichte im Mai 1946 die auf Veranlassung Washingtons eingesetzte „Colm-Dodge-Goldsmith-Kommission“ richtungsweisende Pläne. Die Verfasser, der früher in Kiel lehrende Finanzwissenschaftler Gerhard Colm, der deutsche Ökonom Raymond W. Goldsmith und der Finanzberater des amerikanischen Oberbefehlshabers, Lucius D. Clay, Joseph Dodge, wollten mit ihrem Vorschlag das wegen der ungeheuren Schuldenlast angestiegene Geldvolumen in Deutschland dem knappen Warenangebot radikal anpassen. Koordiniert wurde die „Operation Bird Dog“ vom jungen US-Luftwaffenoffizier Edward A. Tennenbaum. Seine Qualifikation bestand allein darin, an der Yale-Universität einige Semester deutsche Wirtschaftsgeschichte studiert zu haben, ein markanter Beleg dafür, welche geringe Bedeutung die USA einer Währungsreform anfänglich beimmaßen.

Aus Konkurrenzgründen verweigerten Franzosen und Briten zudem noch ihre Zustimmung. Aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage einigten sich die drei Westalliierten dann aber Ende September 1947 auf die Durchführung einer separaten Währungsreform ohne Rücksicht auf sowjetische Interessen. Bereits einen Monat später liefen in den USA die Rotationsmaschinen für den Druck des neuen Geldes an. Zugleich tendierten die Produktionsziffern in der westdeutschen Industrie wieder nach oben, allerdings noch ohne jegliche Auswirkungen auf Handel und Verbraucher. Aber die gleichermaßen anziehende und von Ludwig Erhard als Direktor der Frankfurter Wirtschafts Verwaltung konsequent geförderte Konsumgüterproduktion füllte in Erwartung der Währungsreform bereits die Warenlager²⁴.

Unklar war nur noch der Termin für den „Tag X“. Um Spekulationen vorzubeugen, sollte das Datum möglichst lange geheimgehalten werden. Eine öffentliche Diskussion über Sinn und Zweck der Reform ließ sich jedoch nicht verheimlichen. Zur Beruhigung der verunsicherten Bevölkerung organisierte auch die Flensburger SPD Mitte Januar 1948 eine Informationsveranstaltung mit Landesdirektor Dr. Hans Müthling. Er ließ keinen Zweifel an der Notwendigkeit der Währungsreform, verdeutlichte die Chancen beim Wiederaufbau des zerstörten Landes, verschwieg aber auch die damit im Zusammenhang stehenden sozialen Probleme nicht²⁵. Auch auf Verwaltungsebene kursierten schon zur Jahreswende 1947/1948 vertrauliche Rundschreiben, in denen Bürgermeister und Landräte auf die kommenden Aufgaben vorbereitet wurden²⁶.

Als institutionelle Voraussetzung für die Währungsreform gründeten die Ministerpräsidenten der Länder am 1. März 1948 die „Bank Deutscher Länder“ für die westlichen Besatzungszonen mit Sitz in Frankfurt, die zum 1. August 1957 in

„Deutsche Bundesbank“ umbenannt wurde. Mitte April 1948 rückte die ehemalige Kaserne Rothwesten bei Kassel in den Mittelpunkt der bevorstehenden Entscheidungen. Unter Leitung Tennenbaums diskutierten hier, von der Außenwelt abgeschnitten, Sachverständige des Frankfurter Wirtschaftsrates mit Vertretern der drei Besatzungsmächte in einem mehrwöchigen Konklave über die technische Seite des Währungsschnittes. Die deutschen Fachleute wurden zur eigenen Enttäuschung indes mehr dazu benötigt, Formulare und Merkblätter zu entwerfen.

Ihre Sorge galt vor allem der Stabilität der neuen Währung. Sechzig Mark für die Erstausstattung in zwei Raten²⁷, wie von der US-Regierung vorgesehen, erschien ihnen zu viel. Strittig war darüber hinaus die Frage des Lastenausgleichs, der von den Amerikanern als sozialistische Forderung abgetan wurde. Die deutschen Experten, die angesichts ihrer erfolglosen Verstöße am Ende ernüchtert jegliche Verantwortung für das Kommende ablehnten, hielten es nicht nur für gerecht, sondern im Interesse der Stabilität sogar für unerlässlich, wenn Grundeigentümer und Besitzer von Produktionsanlagen sofort zu Ausgleichszahlungen herangezogen würden²⁸. Erst nach Gründung der Bundesrepublik konnte dieses Problem bereinigt werden. Das 1952 vom Bundestag nach kontroverser Diskussion verabschiedete Lastenausgleichsgesetz erlaubte es den bisher verschonten Bürgern jedoch, die Abgabe aus dem Vermögenszuwachs zu bezahlen und die Ausgleichszahlung über viele Jahre zu strecken²⁹.

Umtausch am „Tag X“

Vor dem eigentlichen „Tag X“, am Montag, dem 20. Juni 1948, hatten die Menschen noch reichlich Gelegenheit, das bald überflüssige Altgeld auszugeben. In Schleswig „zeigte sich ... ein ungehemmter Kaufwille des Publikums, das teilweise jeden überflüssigen Plunder kaufte, um das alte Geld loszuwerden“, berichtete das Flensburger Tageblatt in seiner Schleswiger Regionalausgabe. „Soweit es die Geschäftsinhaber nicht vorgezogen hatten, wegen Betriebsferien ihre Läden zu schließen, hatten sie alle Hände voll zu tun, um den Kundenstrom zu befriedigen³⁰.“ Hektische Aktivitäten mußten zudem die Beamten und Angestellten der öffentlichen Verwaltungen und der Geldinstitute entfalten, die bis zum Umtauschtag Abschlußbilanzen zu erstellen oder Löhne und Rechnungen noch in Reichsmark anzuweisen bzw. auszuzahlen hatten. „Die Banken hatten enormen Geschäftsverkehr wie kaum je zuvor. Menschen, die wohl früher selten eine Sparkasse oder Bank betraten, standen im Gedränge, mit zahlreichen alten Geldscheinen ausgerüstet, um diese noch einzahlen zu können. So schwammen die Banken in einer Bargeldflut ohnegleichen“, hieß es weiter.

Am frühen Montag, dem 20. Juni 1948, stauten sich die Menschen dann in endlosen Schlangen vor den Banken und kommunalen Umtauschstellen. Erst einen

Tag zuvor war das „Erste Gesetz über die Neuordnung des Geldwesens“ in den Tageszeitungen veröffentlicht worden³¹. In Flensburg, wo bis zu 900 städtische Beamte und Angestellte der Banken ihren Dienst versahen, wurden 36 amtliche Umtauschstellen eingerichtet, in Schleswig waren es 16, in denen jeweils bis zu zehn Verwaltungsbedienstete die Geschäfte erledigten. Zwar standen überall Polizeibeamte und Hilfspersonal bereit, um bei Störungen einzuschreiten, doch wider Erwarten ging alles in großer Ruhe und Ordnung vor sich³². Schwierig war auch der Geldtransfer in die ländlichen Distrikte. Vorbereitungen dafür trafen die Landräte. Private Fuhrunternehmen wurden beauftragt und, wegen der brisanten Wagenladungen, zur strikten Geheimhaltung verpflichtet. Die Landräte und Kreisdirektoren suchten zum Teil persönlich einzelne Gemeinden auf, um sich vom reibungslosen Ablauf des Umtausches zu überzeugen. Wo sozialschwache Familien über kein Altgeld zum Tausch verfügten, griffen Sozialämter und Wohlfahrtsorganisationen ein, um die entsprechenden Summen zur Verfügung zu stellen³³. Insgesamt wurden am 20. Juni 500 Tonnen in den USA gedruckte und erst wenige Tage zuvor nach Deutschland transportierte Banknoten im Nennwert von ca. 5,7 Mrd. Deutscher Mark in Umlauf gebracht, eine der größten „logistischen Leistungen der amerikanischen Armee seit der Landung in der Normandie“, wie es der schon erwähnte Edward Tennenbaum bezeichnete, wobei er geflissentlich verschwie, daß wegen erheblicher Probleme in den amerikanischen Druckereien ein weiterer Auszahlungstermin anberaumt werden mußte³⁴. Im Kreis Schleswig gelangten am 20. Juni 620.000 DM zur Auszahlung³⁵.

Das Währungsgesetz sah eigentlich den Geldumtausch von alter zu neuer Währung im Verhältnis 1:1 vor. Das betraf jedoch nur die Kopfgeldquote von 60 DM, die im Juni und zusätzlich im September in zwei Raten zu 40 und 20 Mark ausbezahlt wurden, und galt gleichermaßen für Löhne und Gehälter, Mieten, Pachten sowie Renten und Pensionen. Unternehmen erhielten als Übergangshilfe für geschäftliche Zwecke je 60 DM pro Arbeitnehmer. Länder, Städte und Kommunen bekamen DM-Beträge von einem Sechstel ihrer von Oktober 1947 bis März 1948 erzielten Ist-Einnahmen.

Sämtliches alte Geld verlor seine Gültigkeit und mußte abgeliefert werden. 93,5 Prozent des alten Geldvolumens wurden aus dem Verkehr gezogen, „der schärfste Währungsschnitt der deutschen Wirtschaftsgeschichte“³⁶. Private Altgeldkonten wurden zunächst mit 1:10 gutgeschrieben, doch anfänglich wurde nur die Hälfte davon freigegeben. Später wurden diese Konten dann um weitere 70 Prozent abgewertet, so daß das reale Umstellungsverhältnis nur 6,5:100 betrug. Deckungsvorschriften für das neue Geld gab es nicht. Jeder war sich dessen bewußt, daß eine Besserung der Verhältnisse nur durch einen harten Schnitt erreichbar war. Alles beruhte auf dem Prinzip der Hoffnung und des Vertrauens der Bevölkerung in eine Kreditpolitik, die an den Grundsätzen der Knapphaltung der Geldmenge ausgerichtet war.

Mit der Währungsreform war der Grundstock für ein zügiges wirtschaftliches Wachstum gelegt. Vollkommen zu Recht sprach z. B. die Kieler Industrie- und Handelskammer von einem „erlösenden Durchbruch“³⁷. Zugleich aber wurde mit der Einführung des neuen Geldes die Teilung Deutschlands fester zementiert und der Schritt zur Bildung eines separaten Weststaates unabwendbar. Die Sowjets reagierten mit einer eigenen Währungsreform in ihrer Zone und sperrten in Reaktion auf die Ereignisse in Westdeutschland zudem den Westteil Berlins am 24. Juni von der Außenwelt ab. Praktisch aus dem Stand mußte die Bevölkerung über eine Luftbrücke, der sog. „Operation Big-Lift“, versorgt werden. Elf lange Monate starteten und landeten täglich Hunderte von alliierten Flugzeugen auf westdeutschen Versorgungsflughäfen, u.a. seit November 1948 auch in Schleswig-Jagel, um den bedrängten Berlinern in einer beispiellosen Hilfsaktion das Überleben zu sichern.

Das „Wunder der Schaufenster“

Am 21. Juni drängten sich Tausende von Menschen vor den über Nacht prall gefüllten Schaufenstern. In den Läden bogen sich die Regale. Man traute seinen Augen nicht, so berichten auch heute noch die Zeitgenossen. All das, was zuvor so schmerzlich entbehrt wurde, war auf geheimnisvolle Weise wieder vorhanden. Händler, eben noch mürrisch und zurückhaltend gegen jeden, der etwa mit alten Geld- oder Bezugsscheinen einzukaufen versucht hatte, verwandelten sich in freundliche und zuvorkommende Geschäftsleute, die ihren Kunden die Wünsche von den Lippen ablasen. In einem gemeinschaftlichen Appell forderten Flensburgs IHK und die Gewerkschaften die Arbeitgeber auf, den vollen Lohn auszuführen, da das neue Geld so schnell wie möglich in Umlauf gebracht werden müsse. Um befürchtete Engpässe im Geldverkehr zu verhindern, wurden die Käufer ermahnt, sparsam zu sein und überzähliges Geld auf ihre Bankkonten einzuzahlen, da „das gesammelte Geld die beste Sicherung für den reibungslosen Ablauf der Produktion, des Warenumschlages, der Erhaltung der bisherigen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze“ sei³⁸.

Mit Beginn des Monats Juli 1948 gab es in Flensburg und Schleswig wieder allwöchentliche Märkte, auf denen die Produkte der heimischen Landwirtschaft reißenden Absatz fanden. „Der letzte Wochenmarkt wurde schon früh von ungedulden Käuferinnen sozusagen gestürmt“, hieß es in einer Notiz des Tageblatts über den Schleswiger Wochenmarkt, als erstmals wieder Geflügel und Kaninchen angeboten wurden. „Es ist diesen Beteiligten dringend anzuraten, jede Voreiligkeit abzustellen, um einen ruhigen Ablauf des Marktgeschäftes zu gewährleisten.“³⁹ Auch der „Peermarkt“, das traditionelle Herbstvergnügen in der Schleistadt, der im September 1946 den Umständen entsprechend nur kümmerlich beschickt worden war, fand 1948 wieder „mit viel Getöse und starker Beteili-

gung“ statt.

„Der Hauptferdemarkttag brachte, wetterbegünstigt, eine ungeheure Menschenmenge nach Schleswig. Der Handel war lebhafter als erwartet. Am Nachmittag stauten sich die Menschenmassen in den langen Zeltstraßen auf dem Stadtfeld. Bis in die Nachtstunden verzeichneten alle Marktgeschäfte Hochbetrieb.“⁴⁰ All das, was zuvor nur mühsam über Bezugsscheine erhältlich gewesen war, Kochtöpfe, Zahnbürsten, Bücher und andere Gebrauchsartikel, erblickten, als wären sie zuvor sorgsam versteckt gewesen, wieder das Tageslicht. Selbst ein Volkswagen war zum Preis von 5.300 DM innerhalb von nur einer Woche lieferbar. Das Wunder komplett machten die Landwirte, deren Kühe, wie auf Kommando, so viel Milch gaben, daß schon in den ersten Tagen nach der Reform mehr Butter als jemals zuvor wieder im Handel verfügbar war⁴¹. Schritt für Schritt beseitigte der Frankfurter Wirtschaftsrat alle marktwirtschaftlichen Hemmnisse. Schon im Juli 1948 wurden fast sämtliche Preisvorschriften aufgehoben, die Mehrzahl der Waren konnte nunmehr frei gehandelt werden. Die Rationierung der Lebensmittel wurde ebenso etappenweise zurückgefahren. Nach Jahren des Mangels und der Entbehrungen hielt der Massenkonsum seinen Einzug in den bundesrepublikanischen Alltag, insbesondere im Nahrungsmittelbereich, bei der Kleidung und beim Hausrat, ehe seit Anfang der 60er Jahre die Automobil- und die Medienindustrie und der Tourismus mehr und mehr in den Mittelpunkt des Konsumenteninteresses rückten.

Im nördlichen Schleswig-Holstein trug die Währungsreform gleichsam zur Klärung des nach 1945 wieder aufgeflamnten Grenzkonflikts bei. Die stückweise Wiedergewinnung der politischen Souveränität, vor allem aber die erheblich verbesserte Ernährungssituation ließen das Interesse der verunsicherten Bevölkerung im nördlichen Schleswig-Holstein an den dänischen Minderheitenorganisationen abebben, die ungeachtet aller dahinter verborgenen Ziele mit ihrem sozialen und kulturellen Engagement großen Anteil an der Bewältigung der Alltagsprobleme hatten.

Aufschwung mit Problemen

Die Freude der Verbraucher währte indes nur kurz. Schon Ende 1949 geriet das Wachstum der Industrieproduktion ins Stocken. Zugleich brach mit der Aufhebung des Preisstopps eine horrende Teuerungswelle aus. Betrug der Preisindex (1938 = 100) zum Stichtag der Währungsreform etwa 150, so schwoll er bis Ende 1948 auf 185 an. Die Lebensmittelpreise stiegen teilweise um über 18 Prozent, der Preis für ein Ei verfünffachte sich sogar. In Kiel kostete Ende 1948 ein Roggenbrot 35 Pfennig, das Pfund Butter war für über 5 DM zu haben, und für ein Pfund Kaffee mußten die Verbraucher sogar 56 DM auf den Ladentisch legen. Durch den nach wie vor geltenden, von den Alliierten verhängten Lohnstopp er-

wiesen sich zahlreiche Waren für die Masse der Käufer als unbezahlbar. Zur gleichen Zeit betrug der durchschnittliche Stundenlohn eines schleswig-holsteinischen Metallfacharbeiters nur ca. 1 DM⁴².

Mit der Währungsreform drohten zudem die öffentlichen Finanzen zu kollabieren. Vorbeugend hatte das schleswig-holsteinische Finanzministerium die Kommunen schon zu einem umfassenden Ausgabestopp veranlaßt und vorgeschlagen, freiwillige Leistungen im Bereich der Sozial- und Kulturförderung zurückzufahren oder sogar ganz einzustellen⁴³. Auch der Landtag beschloß Anfang Juli 1948 drastische Sparmaßnahmen, die insbesondere den Personalbereich betrafen⁴⁴. Der Kreisausschuß des Kreises Schleswig sah sich wegen der prekären Haushaltslage sogar dazu genötigt, dem in der Tauschzentrale sowie dem Ernährungs-, Wirtschafts- und Straßen Verkehrsamt beschäftigten Personal zu kündigen⁴⁵.

„Die öffentliche Hand“ wurde nach Einschätzung der Flensburger Stadtverwaltung „weit härter als die Privatwirtschaft“ vom Währungsschnitt getroffen. Flensburg verlor Bankguthaben in Höhe von ca. 3,2 Mio. RM und an flüssigen Finanzmitteln ca. 1,6 Mio. RM. Nach Löschung der Reichsmarkguthaben verblieb der Stadt lediglich ein kümmerlicher Rest von ca. 15.000 DM in Hypotheken angelegten Rücklagen. Vom einstigen Geldvermögen in Höhe von über 21 Mio. RM Ende 1947 standen der Stadt Ende März 1949 nur noch ca. 550.000 DM zur Verfügung. Zugleich gingen die Steuereinnahmen spürbar zurück, wobei insbesondere die Verluste bei der Vergnügungssteuer, die zwischen 1944 und 1947 von ca. 114.000 RM auf über 1,7 Mio. RM anstieg, bemerkenswert war. „Die Zahl der Veranstaltungen wurde kleiner. Die meisten Tanzlokale erhoben keine oder nur kleine Eintrittspreise“, heißt es lapidar im Verwaltungsbericht. Zur Sicherung des städtischen Haushaltes sah sich die Ratsversammlung im Dezember 1948 dazu genötigt, den Gewerbesteuerhebesatz rückwirkend zum 21. Juni auf 300 Prozent bzw. 360 Prozent für Kapitalgesellschaften zu erhöhen, so daß zusätzliche 1,6 Mio. DM eingenommen wurden⁴⁶.

Vor dem Flensburger Kreistag wies Kreispräsident Peter Jensen (Ausacker) auf die bedrohlichen Finanzen und den damit verbundenen „tiefgreifenden Einschnitt in die Haushaltsführung“ hin. Der Kreis Flensburg beklagte nach der Währungsreform einen realen Kapitalverlust von 4,2 Mio. RM. Selbst die vorhergehende sparsame Haushaltsführung wurde nicht belohnt, so daß angesichts kräftig steigender Sozialhilfeaufwendungen bei gleichzeitiger Kürzung der Landeszuweisungen und erheblicher Steuerausfälle weitere Einsparungen angekündigt werden mußten, die im Personalstand zu Reduzierungen von 24 Prozent führten⁴⁷. Lange verkleisterte Gegensätze und sozialer Sprengstoff traten wieder schärfer hervor. Immer deutlicher wurde es, daß die Besitzer von Sachwerten wie Häuser und Grundstücken, von Waren und Produktionsmitteln die Gewinner waren und „im Luxus“ lebten. Verloren hatte die arbeitende Bevölkerung, die Rentner und

Sparer, die als große Masse in der Regel „ein nur dürftiges Leben“ führte⁴⁸. Besorgt über die für die Masse der Bevölkerung unerträgliche Situation, riefen die Gewerkschaften zum 12. November 1948 zum Generalstreik auf, der in ganz Deutschland von über 9 Mio. Arbeitern, Angestellten und Beamten befolgt wurde, gegen das Votum der Arbeitgeber und deren Organisationen und den mehrheitlich von bürgerlichen Politikern besetzten Frankfurter Wirtschaftsrat, die darin eine unzulässige politische Demonstration sahen. In zehn Punkten forderte der bizonale Gewerkschaftsrat Sofortmaßnahmen gegen den wirtschaftlichen Notstand und die Eindämmung der Teuerung, aber auch eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems und die gleichberechtigte Beteiligung der Gewerkschaften in allen Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Im Vorfeld des Streiks hatte DGB-Vorstandsmitglied Fritz Tarnow auf einer Pressekonferenz am 3. November erklärt, die Gewerkschaften könnten nicht länger Zuseher, „daß die Arbeiter um den Ertrag ihres wachsenden Arbeitsfleißes betrogen werden, daß ein Schmarozertum ihnen die Butter vom Brot ißt und das Unternehmertum seine alte Machstellung über die Wirtschaft und den Staat wieder aufbaut“⁴⁹. In Schleswig, wo sich die Betriebsräte „für eine radikale Durchführung der Generaldemonstration“⁵⁰ ausgesprochen hatten, gab es ähnlich wie in anderen Städten schon vorher erste Boykottmaßnahmen gegen die hohen Preise. Der DGB-Ortsausschuß hatte mit im gesamten Stadtgebiet verteilten Flugblättern und auf Plakaten die Wochenmarktkäufer zur Zurückhaltung aufgefordert, „weil die Geduld am Ende sei und man diese letzte Warnung publiziere, bevor weitere Aktionen gegen die Wucherpreise Tatsache würden“⁵¹. In der Schleistadt lag die Beteiligung am Generalstreik bei über 90 Prozent, allerdings waren es wohl weniger die weitergehenden politischen Forderungen der Gewerkschaften als die so einschneidend empfundenen alltäglichen Sorgen, die so viele Menschen zur Teilnahme bewegten⁵².

Ebenso atemberaubend wie besorgniserregend war der durch die Nachkriegskrise verschleierte Anstieg der Arbeitslosigkeit. In Flensburg wurden dem Arbeitsamt am Tag nach der Währungsreform mit einem Schlag annähernd 1200 neue Arbeitslose gemeldet. Das Landesarbeitsamt rechnete mit weiteren Massenentlassungen⁵³. Auf dem Höhepunkt im Februar 1950 waren zwei Mio. Bundesbürger ohne Arbeit, das entsprach einem Anteil von 12 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Westdeutschlands. In Schleswig-Holstein waren 1949, bedingt durch den Flüchtlingsstrom, ca. 26 Prozent der Bevölkerung betroffen, in absoluten Zahlen wurde der Höchststand in der Weltwirtschaftskrise noch um fast zwanzigtausend überschritten. Die Indexziffer der Arbeitslosenzahl stieg in Schleswig-Holstein gegenüber dem Stichtag 31. Mai 1948 (= 100) zum 19. Juli desselben Jahres auf 247⁵⁴. In den Folgejahren ging die Arbeitslosigkeit im Norden infolge der großen Umsiedlungsaktionen zwar erheblich zurück, dennoch verblieb Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt, was auch

damit zusammenhing, daß die positiven Konjunkturzyklen der 50er Jahre das Land erst mit Verspätung erreichten.

Besonders drastisch machte sich der Anstieg im ohnehin strukturschwachen nördlichen Landesteil, der dazu noch überproportional mit Flüchtlingen belegt war, bemerkbar. Im März 1949 betrug die Arbeitslosenquote in der Stadt Flensburg 27,9 Prozent, mit steigender Tendenz⁵⁵. Ende 1949 waren im Landkreis Schleswig 31,7 Prozent der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen, in der Stadt Schleswig im Jahresdurchschnitt 1950 über 30 Prozent, und noch 1953 betrug die Quote in der Schleistadt bei Männern 15, bei Frauen sogar 22 Prozent⁵⁶. Im Landkreis Flensburg wurden zur Jahreswende 1949/50 über 40 Prozent Arbeitslose verzeichnet. Der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen schwankte hier bis 1951 zwischen 69,5 und 82 Prozent⁵⁷.

Laut Industrie- und Handelskammer zeigten die katastrophalen Zahlen, „daß die Wirtschaft Flensburgs wie überhaupt des Landes Schleswig-Holstein bei der Verkehrsferne und Rohstoffarmut den Heimatvertriebenen zu wenig Beschäftigungsmöglichkeiten bieten kann, und daß ein Strukturwandel durch Ansatz neuer Industriebetriebe in ausreichender Zahl nicht möglich sein wird“⁵⁸. Dies war eine durchaus nachvollziehbare Schlußfolgerung, die sich indes wegen des auch den Norden des Landes erreichenden Wirtschaftsaufschwunges nicht bewahrheiten sollte.

Bei der Bewältigung der Krise war Schleswig-Holstein zunächst auf sich allein gestellt. Ein erstes Konzept zum Aus- und Aufbau der Wirtschaft gelangte schon im Oktober 1948 ins Landeskabinett⁵⁹. Mit weiteren Konjunkturprogrammen, Lockerungen der Kreditbedingungen und Soforthilfen für besonders strukturschwache Regionen versuchten Bundes- und Landesregierung, Abhilfe zu schaffen. Alte Unternehmen wurden wiederbelebt, Flüchtlingsbetriebe schufen neue Arbeitsplätze. Wohnungsbauprogramme in den zerstörten Städten, u.a. zur Versorgung der Flüchtlingsbevölkerung, kurbelten die Bauindustrie an. In Flensburg und Schleswig wurden Baugenossenschaften gegründet und zahlreiche Neubaugebiete erschlossen, der „Kleinsiedlungsbau“ auf dem Land veränderte allmählich die Struktur der Dörfer und Gemeinden. Zugleich investierten die Landkreise mit Hilfe der Landesregierung im Straßen- und Wegebau, wodurch eine große Zahl erwerbsloser Menschen wieder in Arbeit gebracht werden konnte⁶⁰.

Dank der resoluten Kreditpolitik der Frankfurter Notenbank drehte sich die Preisspirale bald deutlich langsamer. Die Gewerkschaften setzten in harten Verhandlungsrunden für die Binnenkonjunktur notwendige Lohnerhöhungen durch. Maßgeblich dafür waren die zum 3. November 1948 verkündete Aufhebung des Lohnstopps und das Tarifvertragsgesetz vom April 1949. Letztlich aber war es ein Zufall, der der Konjunkturentwicklung zum Durchbruch verhalf. Der Korea-Krieg ab Juni 1950 ließ die weltweite Außennachfrage nach Investitionsgütern und Rohstoffen im bis dahin noch äußerst krisenanfälligen westdeutschen Teilstaat

plötzlich in die Höhe schnellen. Von den westlichen Industriestaaten hatte nur die Bundesrepublik genügend Kapazitätsreserven frei, die, nun massenhaft abgefordert, der demokratischen Entwicklung den Rücken stärkten und das legendäre Wirtschaftswunder mit ungebremstem Wachstum und dauernder Vollbeschäftigung einleitete⁶¹. Voraussetzung dafür war ein weitgehendes Einvernehmen zwischen den politischen Lagern der Bundesrepublik, die ungeachtet aller ordnungspolitischen Differenzen mit dem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft über ein gemeinsames wirtschafts- und sozialpolitisches Leitbild verfügten.

Anmerkungen

- 1 Erweitertes Manuskript der Einführung in die Austeilung gleichnamigen Titels, die vom Juni bis September 1998 in den Räumen der Sparkasse Schleswig-Flensburg gezeigt wurde. Für Zuarbeit und Hinweise danke ich den Kollegen Erika Börm, Dr. Maik Hanf, UllaLembcke, Dr. Günther Börm, Dr. Harald Hohnsbehn, Horst Holtorf und Dr. Broder Schwensen vom AK für Flensburger Regionalgeschichte.
- 2 Kolportiert in: Der Spiegel, Nr. 18,27.4. 1998, S. 114.
- 3 Vgl. allg.: Ernst Ulrich Huster u.a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt 1972; Rolf Badstübner, Siegfried Thomas, Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955, Köln 1975; für Schleswig-Holstein den Überblick von Kurt Jürgensen, Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Kontinuität und Wandel, in: Ulrich Lange (Hg.), Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 1996, S. 591 ff. (dort auch weitere Literatur) sowie Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein während der britischen Besatzungszeit 1945-1949,2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Neumünster 1998.
- 4 Zahlen nach: Gabriele Stüber, Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984, S. 139.
- 5 Statistisches Handbuch für Schleswig-Holstein, Kiel 1951, S. 19.
- 6 Einführend: Werner Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Frankfurt 1983.
- 7 Jürgen Engert (Hg.), Die wirren Jahre. Deutschland 1945-1948, S. 106; zur Situation in Schleswig-Holstein: Stüber, S. 577 ff.
- 8 Zur Ernährungslage in Schleswig-Holstein: Stüber, S. 243 ff.
- 9 Theo Christiansen, Schleswig und die Schleswiger 1945-1962, Husum 1987, S. 41.
- 10 Bericht vom 10. Oktober 1946, cit. in. Jürgensen, Gründung, S. 182 f.
- 11 Kieler Kurier 17. 5. 1945, 23. 2. 1946; allg. Stüber, S. 14, S. 475 ff.
- 12 Johan Peter Noack, Det sydslesvigske graensespørgsmål 1945-1947, Band 1, Apenrade 1991, S. 199 ff; Stüber, S. 497 f.
- 13 Hierzu: Matthias Scharlt, Vor dem Anfang stand das Ende. Deutsches Kulturleben im Raum Flensburg in der Nachkriegszeit, in: GFH, Heft 4 (1995), S. 231 ff.
- 14 Flensburger Tageblatt (im folgenden: FT), Ausgabe Flensburg-Land, 30. 11. 1946.

- 15 FT, Stadtausgabe, 13. 1. 1948; Stüber, S. 614 f.
- 16 Kieler Kurier, 9. 3. 1946, FT, Ausgabe Flensburg-Land, 4. 1. 1947, 26. 6. 1948.
- 17 FT, Stadtausgabe, 7. 8. 1947; vgl. zu weiteren Verfahren gegen organisierte Banden beispielhaft: Kieler Kurier, 13. 3. 1946, 3. 4. 1946; FT, Ausgabe Flensburg-Land, 12. 3. 1947.
- 18 Friedrich Stamp, Arbeiter in Bewegung. Die Geschichte der Metallgewerkschaften in Schleswig-Holstein, Malente 1997, S. 158 ff.
- 19 Zum Vorhergehenden und hierzu: Michael Joho, Die Geschichte der Metallarbeiterbewegung und ihrer Gewerkschaften in Flensburg, Flensburg/Hamburg 1992, S. 487 ff.
- 20 Abelshauser, S. 59 f.
- 21 Abelshauser, S. 40 ff. und S. 54 ff.
- 22 Ludwig Erhard, Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Nachdruck einer Denkschrift von 1943/44, Berlin 1997; Bodo B. Gemper, Die Deutsche Mark und die soziale Marktwirtschaft. Die Währungsreform als Beginn einer schöpferischen Symbiose vor 50 Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum Parlament, B 24/98, S. 3 ff.
- 23 Hierzu und zum Folgenden: Abelshauser, S. 71 ff. vgl. auch Gemper, S. 5 f.
- 24 Abelshauser, S. 46 ff, S. 49.
- 25 FT, Ausgabe Flensburg-Land, 20. 1. 1948; vgl. auch weitere Berichte in ebd. 12. 11. 1947, 24. 11. 1947.
- 26 Rundschreiben des Landkreistages vom 12. 3. 1948, GA SI-FI, B 1.9/31.
- 27 Im November 1947 hatte eine deutsche Kommission 50 Mark Kopfgeld und darüber hinaus die sofortige Sperrung von 80 Prozent der privaten Altgeldkonten vorgeschlagen (FT 12. 11. 1947).
- 28 Abelshauser, S. 48 f.
- 29 Abelshauser, S. 50.
- 30 FT, Ausgabe Schleswig, 23. 6. 1948.
- 31 Am 12. Juni 1948 brachte das Tageblatt „Erstes Licht in das Dunkel um den Tag X“, wie es in der Schlagzeile lautete, am 19. Juni wurde dann das entsprechende Gesetz veröffentlicht.
- 32 Zum Vorhergehenden und hierzu: Situationsbericht ein: FT, Stadtausgabe, 19.6. und 23. 6. 1948.
- 33 FT, Ausgabe Schleswig, 23. 6. 1948.
- 34 Abelshauser, S. 49.
- 35 FT, Ausgabe Schleswig, 23. 6. 1948.
- 36 Abelshauser, S. 50.
- 37 cit. bei Stüber, S. 341.
- 38 FT, Stadtausgabe, 26. 6. 1948.
- 39 FT, Ausgabe Schleswig, 22. 7. 1948.
- 40 FT, Ausgabe Schleswig, 11.9. 1948.
- 41 Abelshatiser, S. 51.
- 42 Zahlen nach Stamp, S. 164.
- 43 Rundschreiben des Landkreistages vom 12. 3. 1948, GA SI-FI, B 1.9/31.
- 44 FT. Stadtausgabe 8. 7. 1948.
- 45 Kreisausschußprotokoll vom 3. 8. 1948, GA SI-FI, B 0.2/18.

- 46 Verwaltungsbericht, S. 84 ff und S. 90 ff.
- 47 Kreistagsprotokoll vom 2. 9. 1948, GA SI-FI, B 1.0/67.
- 48 So auch die Auffassung des amerikanischen Direktors des Amtes für Wirtschaftsfragen der Alliierten Hohen Kommission im Juni 1951, erwähnt bei Abelshäuser, S. 70.
- 49 Erhard Beier, Der Demonstrations- und Generalstreik vom 12. November 1948, Frankfurt 1975 (cit. S. 91).
- 50 FT, Ausgabe Schleswig, 14. 11. 1948.
- 51 FT, Ausgabe Schleswig, 31.8. 1948; Allg. zu den von örtlichen Gewerkschaftsleitungen organisierten Protestaktionen: Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, Frankfurt 1974, S. 134ff(bes. S. 141 f.).
- 52 Stamp, S. 165.
- 53 FT-Stadtausgabe, 23. 6. 1948.
- 54 Stüber, S. 345 f.
- 55 Verwaltungsbericht der Stadt Flensburg, 1. April 1939 bis 31. März 1949, S. 97.
- 56 Zahlen bei: Holger Rüdell, Schleswig 1945-1968. Eine Fotodokumentation. Von der „Stunde Null“ zu den „wilden Sechzigern“, Husum 1989, S. 14; Statistisches Handbuch, S. 346.
- 57 Julius Feddersen, Die Grenzlandpolitik Friedrich Wilhelm Lübkes. Diss. Phil. Würzburg 1979, S. 149 ff.
- 58 Verwaltungsbericht Flensburg, ebd.
- 59 Stüber, S. 346.
- 60 Für den Kreis Flensburg: Feddersen, S. 145 ff; Der Landkreis Flensburg 1867-1974. Ein preußischer Landkreis in Schleswig-Holstein, Teil 2, Flensburg 1991, S. 65 ff, S. 112 ff.
- 61 Abelshäuser, S. 67 f.; Huster, S. 112 ff.

Der SSW Ende der 1990er Jahre - Veränderungen einer Partei Identifikation

von *MARTIN KLATT*

Wie Lars Henningsen es in seinem Artikel in der Juni-Ausgabe der Grenzfreundshefte geschildert hat, entwickelte sich der SSW nach seinen anfänglichen Erfolgen als Minderheiten-, insbesondere aber als südschleswigsche Heimatpartei ab Mitte der 50er Jahre zu einer reinen Minderheitenpartei mit ständig sinkender Stimmenzahl. Der Tiefpunkt der absoluten Stimmenzahl wurde bei der Landtagswahl 1971 erreicht, mit 19 720 Stimmen fiel der SSW zum ersten, bisher jedoch einzigen Mal unter 20 000 Stimmen. Der relative Stimmenanteil in ganz Schleswig-Holstein lag zwar bei den Kommunalwahlen 1974 sowie bei den Landtagswahlen 1983 noch niedriger, dies ist jedoch vor allem in der ungleichen demographischen Entwicklung in den Landesteilen Holstein und Schleswig begründet und soll deshalb unberücksichtigt bleiben.

Auswirkungen der Karl-Otto-Meyer-Ära

Nach 1971 gab es jedoch eine Trendwende: Während die Mitgliederzahl im SSW weiterhin langsam abnahm, gelang es dem SSW, seine Wählerzahl zunächst langsam, ab 1988 jedoch stetig zu steigern bis auf zuletzt 38 713 Stimmen bei den Kreistagswahlen im März 1998. Wie in den ersten Jahren seines Bestehens konnte der SSW wieder Wähler von außerhalb der organisierten Minderheit für sich gewinnen, doch diesmal aus ganz anderen Motivationen. Diese für den SSW positive Entwicklung beruht nämlich auf mehreren inneren und äußeren Faktoren. Als der langjährige SS W-Landtagsabgeordnete Berthold Bahnsen im Oktober 1971 plötzlich verstarb, übernahm der Chefredakteur von Flensburg Avis und damalige Vorsitzende des SSW, Karl Otto Meyer, das Landtagsmandat. Bahnsen galt als bürgerlicher Vertreter der Minderheit. Sein Verhältnis zu den CDU-Landesregierungen unter Kai Uwe von Hassel und Helmut Lemke war gut, er wurde von beiden Ministerpräsidenten als „ministrabel“ angesehen. Mit Karl Otto Meyer kam nun ein ganz anderer Vertreter des SSW in den Landtag. Er war Deserteur des Zweiten Weltkriegs und Widerstandskämpfer gegen die deutschen Besatzer Dänemarks. Als vehementem Kritiker der deutschen Wiederbewaffnung wurde ihm 1952 von der CDU-Regierung Schleswig-Holsteins die Lehrerlaubnis entzogen, die er erst nach zwei Prozessen 1954 wiedererhielt. Allein aufgrund seiner Biographie stand Karl Otto Meyer politisch der CDU, die Schleswig-Holstein seit 1950 in weitgehender personeller Kontinuität mit Beamten aus der NS-Zeit regierte und das organisierte gesellschaftliche Leben im Lande dominierte, fern. Darüber hinaus war sein persönliches Verhältnis zum neuen CDU-

Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg kühl. Stoltenbergs autoritärer, unnahbarer Regierungsstil paßte nicht zu Karl Otto Meyers Demokratieverständnis.

Mit Karl Otto Meyers Einzug in den Landtag änderte sich zunächst der politische Stil des SSW. Während Berthold Bahnsen und seine Vorgänger sich in der Regel auf die Probleme der Minderheit und auf Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung Südschleswigs beschränkt hatten, nahm Karl Otto Meyer bewußt zu fast allen politischen Fragen Stellung. Aus dem Selbstverständnis heraus, daß die Angehörigen der Minderheit als deutsche Staatsbürger genauso wie alle anderen für die politische Entwicklung der deutschen Gesellschaft mit verantwortlich sind, folgerete Karl Otto Meyer, daß die Minderheit und ihre politische Vertretung zu allen wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen Stellung beziehen sollte. Im polarisierten politischen Klima der 70er Jahre (Ostverträge, Bildungsreform, Radikalenerlaß, Umweltpolitik) bedeutete dies, daß der SSW plötzlich mit klaren politischen Positionen identifiziert werden konnte und damit auch für Menschen außerhalb der organisierten Minderheit zu einer Alternative zu den deutschen Parteien wurde. Aber auch bei der Vertretung der Interessen der Minderheit war Karl Otto Meyer kompromißlos: Er verlangte die volle Gleichstellung im Haushalt, während Bahnsen sich mit den im Vergleich zur Förderung der deutschen Kultur- und Sozialarbeit niedrigen Zuschüssen für die dänischen Institutionen mehr oder weniger zufrieden gegeben hatte. In der Regierungszeit Stoltenbergs kann deshalb von einer eindeutigen Oppositionsrolle des SSW zur mit absoluter Mehrheit regierenden CDU gesprochen werden. Der SSW Karl Otto Meyers vertrat inhaltlich politische Positionen, die sich im deutschen Parteienspektrum in der FDP der 70er Jahre und vor allem der SPD, später auch bei den Grünen wiederfanden. Diese klare Profilierung war eine bewußte Politik. Schon nach der katastrophalen Landtagswahl 1971 hatte Karl Otto Meyer festgestellt, daß der SSW in einem polarisierten Wahlkampf, der von Bundespolitik und Bundespolitikern dominiert wird, benachteiligt ist, da die Wähler annehmen müßten, daß er sich als Partei einer nationalen Minderheit bei den wichtigen, übergeordneten Streitfragen neutral verhalten würde.¹ Karl Otto Meyer paßte die Politik des SSW dem Zeitgeist der 70er Jahre an: Der SSW entwickelte in den folgenden Jahren ein bürgernahes, alternatives, nordisch-orientiertes Profil, das im heute noch gültigen² Rahmenprogramm von 1981 seinen Ausdruck fand. Dieses Programm war eine Weiterentwicklung des Rahmenprogramms von 1966, das nur relativ allgemeine Aussagen zur Politik enthielt.

Nun wurden konkrete politische Ziele im Programm festgeschrieben: Der SSW sprach sich gegen den Radikalenerlaß aus („niemandem darf der Zugang zu öffentlichen Ämtern wegen seiner Überzeugungen verwehrt werden“) und forderte vom Staat eine aktive Friedenspolitik mit dem Ziel der Abrüstung und dem Verzicht auf ABC-Waffen. Die Abschnitte Fremdenverkehr, Energie und Umwelt enthalten „grüne“ Punkte wie ein klares Nein zur Atomenergie, solange es Si-

cherheitsbedenken gebe und das Abfallproblem nicht gelöst sei, eine Prioritierung des Umweltschutzes sowie die Ablehnung von Großprojekten im Tourismus. Die Abschnitte Wirtschaft und Humane Gesellschaft sind sozialdemokratisch orientiert mit Recht auf Arbeit bei angemessener Entlohnung, Pflicht des Staates zum Eingreifen bei Störungen im gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht und der Forderung nach Verwirklichung der Gleichberechtigung und Chancengleichheit sowie nach dem Ausbau des Sozialstaats.³ Der SSW hatte sich damit programmatisch endgültig von einem nationalen Wählerverein, aber auch von einer „Heimat“- oder Regionalpartei zu einer vollwertigen politischen Partei mit eindeutigen gesellschaftspolitischen Positionen entwickelt, auch wenn er immer noch regional nur in Südschleswig und personell nur in der dänischen Minderheit verankert war und auch heute noch ist.

Der politische Erfolg gab dem neuen Kurs recht. Die Stimmenzahl stieg zunächst langsam, aber stetig weiter. Die Möglichkeit, bei einer nicht unwahrscheinlichen Patt-Situation im Landtag nach der Landtagswahl 1979 zwischen SPD- oder CDU- Regierung entscheiden zu müssen, führte nicht zu den von einigen befürchteten Verlusten,⁴ obwohl vorauszusehen war, daß Karl Otto Meyer in so einem Falle für eine SPD-Regierung stimmen würde.⁵ Es gelang auch, die neue Konkurrenz der Grünen abzuwehren; diese schafften ja bekanntlich erst 1996 den Einzug in den Landtag - nicht zuletzt, weil sie im Landesteil Schleswig immer deutlich schlechter abschnitten als in Holstein. Aber auch in der Minderheitenpolitik konnte Karl Otto Meyer auf Landesebene einiges bewirken: Als größter Erfolg muß die finanzielle Gleichstellung der dänischen Schulen Südschlewigs mit den öffentlichen deutschen Schulen gewertet werden, welche nach zähen Verhandlungen 1985 erreicht wurde.

Der Erfolg des SSW insbesondere in den 1990er Jahren ist jedoch nicht nur der programmatischen Öffnung zu verdanken. Auch die äußeren Konjunkturen kamen dem SSW zu Hilfe. Das in den 50er und 60er Jahren noch statische deutsche Parteiensystem war seit der großen Koalition, spätestens aber mit dem Entstehen der Grünen in Bewegung geraten. Die Bindungen der Wähler an eine bestimmte Partei wurden schwächer. Dazu war der Grenzkampf der 40er und 50er Jahre überstanden, so daß es nichts Unnatürliches mehr war, den SSW als Alternative zu den deutschen Parteien zu wählen. Auch wenn der SSW selbst sich gegen eine Aufteilung seiner Stimmen in „deutsche“ und „dänische“ Stimmen wehrt, zeigt ein Vergleich der SSW-Stimmenzahlen mit den Mitgliedszahlen des SSV eindeutig, daß der SSW spätestens ab 1988 zunehmend Stimmen von Wählern bekommt, die sich zumindest organisatorisch nicht der traditionellen dänischen Minderheit anschließen wollen. Ein neuer „nordischer Romantizismus“ in eher alternativ linksorientierten Teilen der deutschen Bevölkerung mag ein Grund für die Sympathie für den SSW sein. Aber auch Karl Otto Meyers persönliche Ausstrahlung, seine „folkelighed“, hat ihn zu einem Sympathieträger, ja zu

einem „Wunschpolitiker“ gemacht.

Insbesondere Karl Otto Meyers Auftreten in der Barschei-Affäre 1987 hat die Grundlage für die Wählbarkeit des SSW in breiten Schichten der Mehrheitsbevölkerung gelegt. Erst recht nach den Enthüllungen der „Schubladen-Affäre“ 1993 stand der SSW als einzige Partei mit wirklich „weißer Weste“ da. Aber schon Karl Otto Meyers Schlüsselposition⁶ im Herbst 1987 verschaffte dem SSW eine noch nicht dagewesene Beachtung in den Medien. Die Partei, die von der süd-schleswigischen deutschen Presse bisher mit Nichtbeachtung totgeschwiegen wurde, stand plötzlich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses der Bundesrepublik. Karl Otto Meyer war in Deutschland plötzlich bekannter als Königin Margrethe II. oder Hans Christian Andersen. Die Medien zeichneten in der Öffentlichkeit ein SSW-Image, das den Wunschvorstellungen vieler von einer sauberen, fairen und sachlichen Politik entgegenkam.⁷

Ob dieses Bild den politischen Realitäten innerhalb des SSW entsprach, sei einmal dahingestellt; entscheidend bleibt, daß der SSW indirekt von der Barschei-Affäre profitierte. Der SSW wurde in der deutschen Öffentlichkeit aber auch zunehmend mit Karl Otto Meyer identifiziert, so daß ein zumindest nicht hundertprozentig richtiges Bild von den politischen Richtungen innerhalb der Partei entstand.⁸ Karl Otto Meyer wurde 1988 im Landtagswahlkampf als „der Unbestechliche“ ins Feld geführt. Der SSW erzielte das damalige Rekord-Ergebnis von über 26 000 Stimmen.

Der Stimmengewinn bei der „Barschei-Wahl“ 1988 (3 000 Stimmen im Vergleich zur Landtagswahl 1987, ein großer Teil des Stimmenzuwachses wurde übrigens nicht in den SSW-Hochburgen, sondern im Kreis Rendsburg-Eckernförde und in den Wahlkreisen Kiel-Nord und Pinneberg-Nord erreicht) war noch als Einzelfall gewertet worden.⁹ Die Kommunalwahlen im März 1990, die vor dem Hintergrund der ersten freien Wahlen in der DDR stattfanden, brachten wieder einen Einbruch mit sich. Haben viele Sympathiewähler in der nationalen Euphorie seit der DDR-Grenzöffnung im November 1989 wieder „deutsch“ gewählt? Ab 1992 erhielt der SSW aber bei jeder Wahl mehr Stimmen als bei der vorhergehenden. Es scheint dem SSW gelungen zu sein, eine stabile Gruppe von Sympathiewählern an sich zu binden, von Wählern, die organisatorisch (noch?) keine Verbindung zur Minderheit haben.

Dabei hat der SSW seinen Charakter als Minderheitenpartei nicht verloren: intern ist er auch in den 1990er Jahren die Partei der dänischen Minderheit. Parteiversammlungen finden in der Regel zusammen mit SSV-Versammlungen statt, fast alle SSW-Mitglieder sind auch SSV-Mitglieder (umgekehrt sind aber nur ca. ein Viertel der SSV-Mitglieder auch SSW-Mitglieder). Viele SSW-Amtsträger haben auch Ämter im SSV inne. Die Grundlage für die Befreiung von der 5-Prozent-Klausel bei Landtags- und Bundestagswahlen, die zur Zeit von Kreisen innerhalb der CDU angezweifelt wird, ist damit nach wie vor gegeben: Trotz eines klaren

politischen Image ist der SSW auch heute noch die einzige politische Vertretung der nationalen dänischen Minderheit.

Die Kommunalwahlen am 22. März 1998

Eine Analyse des Ergebnisses der jüngsten Kommunalwahlen zeigt jedoch, daß die zahlreichen Sympathiewähler den SSW in ein innerparteiliches Dilemma führen können. Bei den Wahlen verdeutlichte sich nämlich ein Trend, der sich spätestens seit der Barschel-Wahl 1988 abzeichnete. Hierfür muß man die regionale Verteilung des Stimmenzuwachses seit den 70er Jahren, vor allem aber bei den letzten drei Wahlen (den Kommunalwahlen 1994 und 1998 sowie der Landtagswahl 1996), betrachten. Dabei zeigt sich nämlich, daß die Stimmzahl des SSW in seiner traditionellen Hochburg Flensburg zumindest stagniert, wenn nicht sogar zurückgeht. Der SSW ist in Flensburg als starke kommunalpolitische Kraft mit meist deutlich über 20 Prozent der Stimmen eine etablierte Partei. Es gelang nur einmal, in beträchtlichem Ausmaß Sympathiestimmen zu bekommen, nämlich bei der von der „Schubladen-Affäre“ geprägten Kommunalwahl 1994. Der Stimmenzuwachs seit 1971 ist nicht in Flensburg geholt worden. Die regionale Wähler-Basis des SSW hat sich verbreitert: Während der SSW 1974 noch 45,6 Prozent seiner Stimmen in Flensburg bekam, sank der Anteil Flensburgs an den SSW-Stimmen 1998 auf 24,5 Prozent. Man erkennt eine Verschiebung ins Flensburger Umland, insbesondere in den 70er Jahren. Hier vergrößerte sich der Anteil des Kreises Schleswig-Flensburg an den SSW-Stimmen. 1974 bei 27 Prozent, lag er seit Ende der 70er Jahre stabil um die 33-35 Prozent. Dies ist sicherlich am besten durch die Bevölkerungsbewegung aus der Stadt ins Umland zu erklären. Während sich der Anteil Nordfrieslands am SSW-Stimmenaufkommen konstant bei 18-20 Prozent eingependelt hat, hat der Kreis Rendsburg-Eckernförde seinen Anteil von 5-6 Prozent der SSW-Stimmen bis Mitte der 80er Jahre von 1988 bis 1998 exponential auf 20,8 Prozent ausgebaut. Der SSW hat also im südöstlichen Südschleswig, wo es keine historische dänische Minderheit gibt, eine neue „Hochburg“ gewonnen. Bedeutsam ist dabei insbesondere, daß der SSW 1998 zum ersten Mal auch im holsteinischen Teil des Kreises Rendsburg-Eckernförde Kandidaten aufgestellt hat, wo die Partei und auch die dänische Minderheit über keine organisatorische Basis verfügen. Die regionale Ausweitung war ein voller Erfolg: Der SSW holte am 22. März 1998 auf Anhieb 3.000 holsteinische Kreistagsstimmen und erhielt auf Kreisbasis 5,7 Prozent der Stimmen, so daß er zum ersten Mal im Kreistag des Kieler Umlandkreises vertreten ist.

Der insgesamt erfolgreiche Trend seit 1988 ist 1998 jedoch gebremst worden. Das scheinbar gute Ergebnis von 38 713 Kreistagsstimmen (800 mehr als bei den Kommunalwahlen 1994, 2,9 Prozent der Stimmen in ganz Schleswig-Holstein) enthält nämlich einige Wermutstropfen für den SSW und ist auch hinter

den eigentlich durchaus nicht zu optimistischen Erwartungen zurückgeblieben. Der SSW hatte vor der Wahl mit über 40 000 Stimmen gerechnet.¹⁰ In Flensburg erhoffte man sich eine Erhöhung der Mandatszahl von 11 auf 14 und wollte vor der CDU zweitstärkste politische Kraft werden. Diese Erwartungen beruhten vor allem auf zwei Annahmen: Zum ersten hatten die ca. 3 000 in Südschleswig wohnenden dänischen Staatsbürger zum ersten Mal das kommunale Wahlrecht. Zum zweiten erhoffte sich der SSW einen Stimmengewinn durch die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre, da der SSW traditionell bei den jüngeren Wählern gut abschneidet. Diese Annahmen schlugen jedoch fehl. Zieht man die 3 000 holsteinischen Stimmen ab, hat der SSW in seinem traditionellen Aufstellungsgebiet nämlich gut 2 200 Stimmen im Vergleich zur letzten Kommunalwahl 1994 verloren, davon allein 1 600 in seiner Hochburg Flensburg. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung von 62 Prozent konnte der SSW die Anzahl seiner kommunalen Mandate zwar noch erhöhen, der Trend nach oben ist jedoch gebrochen. Zum ersten Mal ist auch der SSW von einer ausgesprochen niedrigen Wahlbeteiligung betroffen gewesen, bei früheren Wahlen hatte eine niedrige Wahlbeteiligung keinen Einfluß auf die absolute Stimmenzahl des SSW gehabt. In einigen Flensburger Wahlbezirken hat der SSW nicht mehr Stimmen erhalten, als dort SSV-Mitglieder wohnen." Es ist dem SSW scheinbar auch nicht gelungen, die Mehrheit der dänischen Staatsbürger für sich zu gewinnen; konkrete Wahlanalysen in dieser Richtung stehen allerdings noch aus. Neigt sich die Erfolgskurve ihrem Ende zu?

Einen eindeutigen Wahlsieg gab es 1998 im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Mit 8 047 Kreistagsstimmen verbesserte der SSW das Ergebnis von 1994 um gut 60 Prozent. Im Vergleich zu den 1 200 bis 1 500 Kreistagsstimmen der 70er und 80er Jahre ist das sogar mehr als eine Verfünffachung in nur zehn Jahren. Die SSV- Mitgliedszahl beträgt in diesem Kreis jedoch nur ca. 1 200, d.h., nur ca. jeder sechste SSW-Wähler ist der Minderheit organisatorisch verbunden. Hier ist der SSW nicht als Interessenvertretung der organisierten Minderheit gewählt worden, sondern eindeutig als Alternative zu den deutschen Parteien. Nun tritt der SSW seit 1948 nicht nur als Minderheitenpartei auf, sondern er versteht sich seit seiner Gründung auch als südschleswigsche Regionalpartei („Anwalt des Landesteils Schleswig“). Dies kann jedoch nicht den Erfolg im Kreis Rendsburg-Eckernförde erklären. Der Kreis gehört zwar historisch ungefähr zur Hälfte zu Südschleswig, regionalpolitisch und planerisch ist er jedoch heute ein Teil der Region der Landeshauptstadt (KERN - Kiel-Eckernförde-Rendsburg-Neumünster). Ein ausgeprägt schleswigisches Regional- oder Peripheriebewusstsein – als Gegensatz zum holsteinischen Zentrum - wie in der Flensburger Region oder in Nordfriesland existiert dort sicherlich nicht. Der *Südschleswigsche* Wählerverband ist dabei, eine zwar noch untergeordnete, aber stärker werdende schleswig-holsteinische Dimension zu bekommen. Es ist zu vermuten, daß die Rendsburg-

Eckernförder Wähler den SSW aus anderen Motivationen gewählt haben als die Wähler in den grenznahen Gebieten weiter im Norden, nämlich weder aus nationaler Solidarität noch aus regionalpolitischen Gründen, sondern wegen seines äußeren politischen Profils.

Hier offenbart sich möglicherweise ein Dilemma für den SSW, das zwar nicht neu, in seinen Auswirkungen aber schwer vorhersehbar ist. Als in erster Linie nationalpolitisch und nicht gesellschaftspolitisch orientierte Partei muß eine Minderheitenpartei auf ein breiteres politisches Spektrum Rücksicht nehmen als eine „traditionelle“ Partei. Solange das Spannungsfeld zwischen deutsch und dänisch bzw. zwischen einheimischer Bevölkerung und Flüchtlingen genug Zugkraft besaß, konnte der SSW auf dieser nationalpolitischen Grundlage gute Wahlergebnisse einfahren. Mit dem Ende des Grenzkampfes und der Integration der Flüchtlinge verlor das nationale Profil des SSW außerhalb der organisierten Minderheit an Anziehungskraft. Als reine Minderheitenpartei, die der SSW ab Mitte der 1950er Jahre war, wäre er wahrscheinlich über kurz oder lang mit insgesamt nicht mehr als 10 000 bis 15 000 Stimmen auf die Kommunalpolitik reduziert und in seiner politischen Bedeutung marginalisiert worden.¹² Die programmatische Öffnung des SSW zu einer vollwertigen politischen Partei im rot-grünen Spektrum hat das landespolitische Überleben gesichert und eröffnet heute sogar bundespolitische Möglichkeiten; sie führt den SSW unter Umständen aber auch in ein schwieriges Fahrwasser. Seit der SSW vor allem in Karl Otto Meyers Person zu gesellschaftspolitisch strittigen Fragen Stellung bezieht, muß er damit rechnen, daß ein nicht unbedeutender Teil der Minderheit sich politisch nicht mehr von ihm vertreten fühlt. Dies ist schon in den 1970er Jahren bei der Atomkraftdebatte und bis heute in der Europapolitik zum Ausdruck gekommen. Karl Otto Meyer gelang es zwar, eine ablehnende Haltung zur Atomkraft als Parteilinie durchzusetzen,¹³ das Thema europäische Integration wird allerdings bis heute im SSW nur zögernd behandelt, da man sich der unterschiedlichen Auffassungen der SSW-Mitglieder bewußt ist.

Nach dem Ausscheiden Karl Otto Meyers aus der Landespolitik 1996 ist die zukünftige politische Linie des SSW noch nicht klar abgesteckt. Die letzten Wahlergebnisse rücken eine erneute Vertretung im Bundestag in den Bereich des Möglichen, die große Mehrheit sowohl der SSW-Basis als auch der Funktionäre blockt aber schon eine Diskussion über eine eventuelle Teilnahme an Bundestagswahlen ab. 1961 hatte der SSW zuletzt an einer Bundestagswahl teilgenommen, 1969 wurde beschlossen, prinzipiell nicht mehr an Bundestagswahlen teilzunehmen, da keine Aussicht bestünde, ein Mandat zu gewinnen. Vor allem Karl Otto Meyer setzt sich jedoch seit 1990 zumindest für die Diskussion über eine erneute Teilnahme an Bundestagswahlen ein, zumal die Chancen zur Erreichung eines Mandats bei ca. 38 000 bis 40 000 potentiellen SSW-Stimmen dank des günstigeren Verteilungsverfahrens Hare-Niemeyer nicht schlecht wären.

Unterstützung für die Teilnahme des SSW an Bundestagswahlen erhielt er hauptsächlich von den SSW-Kreisverbänden Rendsburg-Eckernförde und Nordfriesland, während die mitgliederstarken SSW-Kreisverbände Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Schleswig skeptisch bis ablehnend sind. Hauptgrund für die Zurückhaltung ist wohl die Furcht, daß eine Teilnahme an der Bundestagswahl dem SSW eine klare Entscheidung zwischen CDU und SPD abverlangen würde und damit schlimmstenfalls die Partei spalten könnte; aber auch die Furcht vor einer organisatorischen und programmatischen Überforderung des sich regional definierenden SSW ist bei einem großen Teil der Mitglieder vorhanden.¹⁴ Im Juni 1998 hat eine außerordentliche Landesversammlung des SSW die Teilnahme an der Bundestagswahl 1998 mit deutlicher Mehrheit (79:25, 1 Enthaltung) abgelehnt.

Die bundespolitische Zurückhaltung des SSW könnte viele der neuen Sympathiewähler enttäuschen: Es ist bezeichnend, daß es gerade die am wenigsten „süd-schleswigschen“ Kreisverbände Rendsburg-Eckernförde und Nordfriesland sind, die eine Teilnahme des SSW an Bundestagswahlen unterstützen. Die Erwartungen der Sympathiewähler an den SSW sind nämlich überhaupt noch nicht klar erkennbar. Es gibt noch keine Analysen über die Motivationen für die Wahl des SSW, es ist aber davon auszugehen, daß nicht allein Protest gegen die deutschen Parteien für die Stimmabgabe zugunsten des SSW verantwortlich ist - dazu waren die Stimmzahlen der letzten drei Wahlen zu stabil. Zur „Barschel-Wahl“ im Mai 1988, wo der SSW sich von gut 23 000 auf über 26 000 Stimmen verbesserte, ging man im SSW noch von geliehenen Proteststimmen aus.¹⁵ Die Ergebnisse des SSW bei Landtagswahlen stiegen seitdem jedoch ständig weiter, und auch bei Kommunalwahlen etablierte sich der SSW bei ca. 38 000 Stimmen. Nun muß sich für den SSW die Frage stellen, ob er die Sympathiewähler von außerhalb der organisierten Minderheit dauerhaft an sich binden will und kann. Das Wahlergebnis von 1998 mit seinen regionalen Stimmenverlusten hat nämlich gezeigt, daß dies nicht automatisch geschieht. Der SSW kann Sympathiewähler nur an sich binden, wenn er ihre Erwartungen erfüllt und möglichst viele aktiv in die Partei integriert. Zumindest letzteres scheint bisher noch kaum zu passieren: intern ist der SSW auch 1998 die Partei der dänischen Minderheit.

Wähler von außerhalb der traditionellen Minderheit sind in höherem Maße in die deutsche Gesellschaft integriert; ihre Motivation für die Unterstützung des SSW ist zum einen in einer Sympathie für Dänemark und das nordische Gesellschaftsmodell, zum anderen sicher auch durch das in den Medien gezeichnete Image des Karl-Otto-Meyer-SSW begründet. Wie lange dieser „Karl-Otto-Meyer-Effekt“ dauern bzw. ob er durch ein anderes SSW-Image abgelöst wird, ist noch unklar. Viele Sympathiewähler werden vom SSW allerdings ein klares gesellschafts-politisches Profil und ein volles, auch bundespolitisches Angebot erwarten, sollten sie sich fest an die Partei binden oder sogar aktiv integrieren lassen. Das

Dilemma „Minderheitenpartei“ bleibt dem SSW damit erhalten. Zum einen verlangt der SSW von den Angehörigen der Minderheit, aber auch von anderen Nutzern der Minderheiteneinrichtungen politische Solidarität. Elternratsvertreter dänischer Schulen, die z.B. für die Grünen kandidieren, stehen vor jeder Wahl im Kreuzfeuer der Kritik: Der Sylter Kommunalpolitiker Bodo Quedenfeldt wurde im Februar 1998 vom dänischen Schulverein aufgefordert, entweder seine Ehrenämter im Schulverein niederzulegen oder seine politische Arbeit für die Grünen einzustellen.¹⁶ Der SSW reklamiert für sich das Monopol, die Interessen der Minderheit zu vertreten. Bei Stellungnahme zu politisch brisanten Themen muß der SSW andererseits stets befürchten, einen großen Teil seiner Anhänger zu verprellen: Beispielsweise ist die Zustimmung der Landtagsfraktion zu den Plänen der rot-grünen Landesregierung, Haschisch frei zu verkaufen, in vielen SSW-Ortsverbänden kritisiert worden. Der SSW steht auch 1998 im Konfliktfeld, Minderheiten- oder Wertvorstellungspartei zu sein. Einerseits muß er ein breites politisches Spektrum innerhalb der dänischen Minderheit integrieren, andererseits erwarten zumindest die Sympathiewähler ein erkennbares politisches Profil. Die Entwicklung des SSW nach der Kommunalwahl 1998 ist noch unklar. Das Wahlergebnis zeigt, daß es noch ein Wachstumspotential gibt. Dieses scheint jedoch vor allem außerhalb der Gebiete zu liegen, in denen der SSW traditionell stark ist, ja sogar in Holstein. Andererseits zeigt das Ergebnis aber auch, daß der SSW vor allem dort, wo er stärker ist, Sympathiestimmen nicht automatisch bekommt. Im südöstlichen Südschleswig und in Holstein können Sympathie für Dänemark und für das nordische Gesellschaftsmodell dagegen durchaus zu einem weiteren Anstieg der Sympathiestimmen führen, insbesondere da der SSW bei der nächsten Landtagswahl im Jahr 2000 in ganz Schleswig-Holstein wählbar sein wird. Ein gutes Ergebnis in Holstein (SSW-Vorstandsmitglied Sven Engel hielt 1994 32 000 holsteinische [Bundestags-] Stimmen für möglich)¹⁷ könnte dort den Aufbau einer Parteistruktur geradezu verlangen. Der Charakter des SSW würde sich zweifellos dadurch verändern; die *schleswigsche* Minderheitenpartei würde schleswig-holsteinisch werden, sie wäre nur noch bedingt die Vertretung der historischen dänischen Minderheit; und zweifellos würde die Frage der Einführung der 5-Prozent-Klausel auch für den SSW gestellt werden.

Die Reduzierung auf die politische Vertretung der finanziellen und kulturellen Interessen der Minderheit, verbunden mit einer neutralen Haltung zu den gesellschaftlich brisanten politischen Themen, würde den SSW dagegen zurück zur Situation Ende der 60er Jahre führen: Er würde höchstens noch die organisierte Minderheit erreichen und an politischer Bedeutung verlieren. Um seine derzeit starke politische Stellung beizubehalten, braucht der SSW Stimmen von außerhalb der organisierten Minderheit. Dies kann er aber nur durch ein klares politisches Profil erreichen, welches noch nicht von einer anderen Partei besetzt ist. Das Beispiel der Slesvigsk Parti in Nordschleswig zeigt, wie schwierig die Profi-

lierung für eine Minderheitenpartei in einem breiten Parteienspektrum wie dem dänischen ist. Hier hat es der SSW leichter; aber auch er darf die Erwartungen seiner neuen Wähler nicht enttäuschen. Auch wenn die Rolle des SSW als drittstärkste politische Kraft in Südschleswig im 50. Jahr seines Bestehens gesichert scheint, ist die zukünftige Entwicklung des SSW vor der Jahrtausendwende offen.

Anmerkungen

- 1 Ordentliche Landesversammlung des SSW. 21.5.1971, Arkivet ved Dansk Centralbibliotek (DCB) I 20-7.
- 2 Zur Zeit sind die relevanten Gremien des SSW dabei, das Rahmenprogramm zu überarbeiten.
- 3 SSW-Rahmenprogramm 1981.
- 4 So der Kieler Professor und Wahlforscher Werner Kaltefleiter, der vermutet hatte, daß die bürgerlichen Mitglieder der Minderheit nicht den SSW wählen würden, da eine Stimme für Karl Otto Meyer auch eine Stimme für die SPD wäre, s. Nordschleswiger, 17.4.1979.
- 5 Der Landesparteitag im September 1978 hatte für den Fall einer Patt-Situation beschlossen, auf einem Sonderparteitag über das Verhalten des Landtagsabgeordneten zu entscheiden. Angesichts der politischen Situation und der kompromißlosen Politik der Stoltenberg-Regierung gegenüber der dänischen Minderheit insbesondere in der Frage der finanziellen Gleichstellung der dänischen Schulen war es jedoch fast sicher, daß Karl Otto Meyer eine SPD-Regierung unterstützen würde.
- 6 Das Ergebnis der Landtagswahl 1987 gab der CDU 33 Mandate, der FDP 4 und der SPD 36. Nach dem Rücktritt von Uwe Barschei brauchten CDU und FDP also die Stimme Karl Otto Meyers oder zumindest seine Stimmenthaltung im dritten Wahlgang, um einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen.
- 7 S. u.a. überschwengliche Berichte über den Landesparteitag im Oktober 1987 in der Frankfurter Rundschau (5.10.1987) oder im Kölner Expresß, referiert in Flensburg Avis, 10.10.1987.
- 8 Dies wirkt sich auch noch zehn Jahre später aus: Obwohl bis auf eine Ausnahme alle SSW-Kreistagspolitiker 1997 die Bildung der Europäischen Region Schleswig/Sønderjylland unterstützten, trifft man in der deutschen Bevölkerung des Grenzlandes immer wieder auf die Annahme, der SSW sei gegen die Europäische Region. Diese falsche Annahme beruht auf den ausführlichen Berichten der Medien über Karl Otto Meyers Widerstand gegen die Regionspläne.
- 9 Karl Otto Meyers wissenschaftlicher Mitarbeiter Dieter Lenz zum Nordschleswiger, 26.2.1988.
- 10 Vorsitzende Gerda Eichhorn zum Nordschleswiger, 20.3.1998.
- 11 Auskunft von SSW-Generalsekretär Dieter Lenz.
- 12 Die Prognose von Karl Friedrich Nonnenbroich: Die dänische Minderheit in Südschles-

wig unter besonderer Berücksichtigung des SSW, Kiel 1972, S. 147.

- 13 Auf dem Landesparteitag im April 1979; hier „halfen“ sicherlich sowohl der kurz zurückliegende Unfall im amerikanischen Atomkraftwerk Three Mile Islands in Harrisburg als auch die Entscheidung Dänemarks, ganz auf die Anwendung von Atomkraft zu verzichten.
- 14 Zu den Vor- und Nachteilen einer Teilnahme an Bundestagswahlen s. das Referat des damaligen SSW-Vorsitzenden Wilhelm Klüver zum außerordentlichen Landesparteitag am 14. Mai 1996, Kontakt, Flensburg Avis, 16.5.1996.
- 15 Dieter Lenz im Nordschleswiger, 26.2.1988.
- 16 Flensburg Avis, 13.2.1998.
- 17 Flensburg Avis, 29.4.1994.

Karl Otto Meyer warnt den SSW vor Politikverzicht

FLENSBURG (uk). Vor einem Politikverzicht – indem er beispielsweise nicht an Wahlen zum Deutschen Bundestag teilnimmt – hat der frühere Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer (SSW), Schafflund, den Südschleswigschen Wählerverband (SSW) gewarnt. Wenn die dänische Bevölkerung nach der Eingliederung Schleswigs in die preußische Provinz Schleswig-Holstein 1867 und nach Gründung des Deutschen Reiches 1871 keine Kandidaten zu den preußischen Landtags- und deutschen Reichstagswahlen aufgestellt hätte, sondern damals „gesagt hätte: ‚Wir sind eine regionale Partei, was schert uns Berlin?‘, dann hätten wir kaum die Möglichkeit zu unserer heutigen Zusammenkunft gehabt“, sagte Meyer auf einem Empfang zum 50jährigen Jubiläum des SSW in Flensburg.

Zwar sei der SSW erst 1948 gegründet worden; die Politikgeschichte der dänischen Minderheit reiche jedoch bis 1864, 1920, 1933, 1945 zurück. „Im Zuge des dänischen Grenzkampfes wollten 1945 die meisten eine Wiedervereinigung mit Dänemark. 1948 waren sich alle darüber klar geworden, daß der dänische und friesische Bevölkerungsteil weiterhin als Minderheit in der deutschen Gesellschaft leben mußte.“ In der Zeit nach 1920 habe es in der Minderheit einen harmonischen Dreiklang zwischen Schule, Zeitung „Flensborg Avis“ und dem Schleswigschen Verein (zugleich Partei) gegeben. „Das war zwar keine Basisdemokratie, über die wir heute reden, aber man sprach mit- und hörte aufeinander“, ganz anders als heute!

„Es ist unglaublich, wieviel hier im Jahre 1998 geschwätzt wird, ohne daß in irgendeiner Weise ein Gespräch stattfindet“, schrieb Meyer, Landtagsabgeordneter von 1971 bis 1996, vor 200 Gästen im Blick auf Streitigkeiten der dänischen Minderheit ihr ins Stammbuch. SSW-Landesvorsitzende Gerda Eichhorn, Süderbrarup, Landtagsabgeordnete Anke Spoorendonk (SSW), Harrislee, und andere Minderheitengrößen spitzten die Ohren, dieweil Abgeordneter Peter Gerckens (SSW) daheim in Husum saß. Der eingeladene Oberlehrer hatte seine Teilnahme weder zu- noch abgesagt; und die anwesenden dänischen Folketingsabgeordneten des sog. Fünfmannausschusses mußten daher darauf verzichten, auch mit Gerckens ein Wörtchen reden zu können. „Wir haben die Augen der Mehrheit für das skandinavische Gesellschaftsmodell geöffnet“, unterstrich Meyer, nannte zahlreiche Beispiele erfolgreicher SSW-Politik und forderte die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, zumal Region Schleswig/Sønderjylland und Regionalrat zumindest südlich der Grenze nur

mangelhaft diskutiert worden seien.

„Ich glaube, wir erreichen noch die abschließende Phase eines Füreinander“, zwischen Mehr- und Minderheitsbevölkerung, sagte Meyer und mahnte einmal mehr eine aktive Beteiligung des SSW auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen an – nicht zuletzt bei der Durchsetzung von Rechten auch für andere Minderheiten wie Sinti und Roma „und für Minderheiten, die noch entstehen werden“.

Meyer: „Wir sind für die Entwicklung in den Gemeinden, Kreisen, im Land und im Bund mitverantwortlich. Die Wähler geben uns dazu die Kräfte. Wenn ich das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt“ mit dem Einzug der DVU ins Parlament „sehe, dann ist es unsere Pflicht, auf allen Ebenen aufzustellen!“

Nach Versen des früheren SSW-Landessekretärs und Stadtrates Rolf Lehfeldt (SSW), Flensburg, über Dänischsein und Partei folgten 15 Glückwünsche.

Der SSW habe jahrelang solide politische Arbeit geleistet, sagte Landtagspräsident Heinz-Werner Arens, „sich große Verdienste um die Entspannungspolitik im Grenzland erworben und sein Teil zur Identitätsbildung in Schleswig-Holstein beigetragen.“ Im Blick auf die SSW-Forderungen nach 1945, „die Trennung des Landesteils Schleswig von der Provinz, könnte das einen noch nachträglich ganz blaß werden lassen, wenn man daran denkt: Schleswig-Holstein up ewig ungedeeht.“ Nach dem politischen Durchbruch mit den Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen von 1955 habe Karl Otto Meyer 1987 im Zuge der Barschel/Pfeiffer/CDU- Affäre und des parteipolitischen Patts im Landtag „ein Rauschen im bundesdeutschen Blätterwald ausgelöst; und die Töne des SSW im Landtag sind nicht leiser geworden. Heute debattieren zwei Abgeordnete mit“, die Gewählte für das ganze Land seien.

Die Partei habe sich in immer höherem Maße zu einem mitbestimmenden Faktor in der Politik des Landesteils Schleswig entwickelt, stellte die dänische Konsulin Hanne Eder, Flensburg, fest, während früherer Folketingsabgeordnete und Vorsitzender des sog. Fünfmannausschusses J. K. Hansen (Soz.), Sonderburg, von einer Fortsetzung der Linie als „dänische regionale Partei in Südschleswig“, sprach und zugleich Grüße aller Parteien im Folketing überbrachte.

„Das Herz des SSW schlägt links; das finde ich besonders gut“, wußte der Beauftragte für den Landesteil Schleswig, Staatssekretär Rüdiger von Plüskow (SPD), Landwirtschaftsministerium, Kiel. „Ich fühle mich eigentlich schon im Füreinander.“

„Zum Parteitagsbeschluß und zum bundespolitischen Willen“ des SSW, dessen jüngster außerordentlicher Parteitag, wie berichtet, mit 75 gegen 25 Stimmen einen Beschluß von 1971 erneuerte, bis auf weiteres nicht an Bundestagswahlen teilzunehmen, „sage ich nichts“, meinte SPD-Landesvorsitzender Willi Piecyk, Lübeck, und dankte für die „freundschaftliche Zusammenarbeit der letzten Jahre“. Der SSW habe eine „beachtliche Entwicklung weg von einer Partei, die

Südschleswig zu einem Teil Dänemarks machen wollte, zu einer regionalen Partei genommen, die eine wichtige und anerkannte Rolle in der Landespolitik spielt“, überbrachte Landtagsabgeordnete Ursula Röper, Quern, die „Grüße der gesamten CDU“ in Schleswig-Holstein.

„Der SSW ist eigentlich die beste grüne Partei hier im Norden“, wußte Peter Svane, Sprecher von Grüne/Bündnis 90/Landesverband Schleswig-Holstein, Kiel. „Er hat eine Politik gemacht, die im Lande anerkannt ist und über den Tellerrand hinausgeschaut!“

Weitere Grußworte folgten von Stadtpräsident Peter Rautenberg (SPD), Flensburg, dem Vorsitzenden des „Grænseforeningen“, Bent A. Koch, Odense, Landrat Jörg-Dietrich Kamischke, Schleswig, dem stellv. Vorsitzenden des Gemeinsamen Rates der dänischen Minderheit, Probst Viggo Jacobsen, Flensburg, Lehrerin und Schulkonsulentin Gegenwartskunde Kirsten la Cour, Schafflund, und erstem stellv. Vorsitzenden des Südschleswigschen Vereins (SSV), Dieter Küssner, Jarplund.

Nordschleswiger, 2.7.1998.

Bonn soll endlich Verantwortung übernehmen

Zentrales Thema bei der diesjährigen Sitzung des „Beratenden Ausschusses für Fragen der dänischen Minderheit beim Bundesministerium des Innern“, die unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens in Bonn stattgefunden hat, war die Forderung der dänischen Minderheit unter Leitung des ehemaligen SSW-Landesvorsitzenden Wilhelm Klüver und des ehemaligen Landtagsabgeordneten Karl Otto Meyer, daß Bonn auch Verantwortung gegenüber den traditionellen Minderheiten und Volksgruppen in Deutschland übernehmen solle.

Die neue Charta für Regional- und Minderheitensprachen und die Europäische Rahmenübereinkunft zum Schutze von Minderheiten geben hierzu Anlaß.

Der Vorsitzende Manfred Carstens kündigte während der Sitzung an, daß das Bundesinnenministerium demnächst zu Kongressen auf Grundlage der beiden europäischen Vertragswerke zusammen mit dem Europäischen Minderheiteninstitut einladen würde. Dies wären erste Schritte, um die Bedeutung der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe, der Sorben und der Sinti und Roma herauszustreichen und in der Minderheitenpolitik im Lande weiterzukommen.

Während der letzten Sitzung des Ausschusses in dieser Wahlperiode informierte die dänische Minderheit über die geplante Teilnahme des deutsch-dänischen Grenzlandes an der Expo 2000 in Hannover. Das größte Problem sei die

Finanzierung, da keine laufenden Haushaltsmittel bei der dänischen Minderheit zur Verfügung stünden.

Der Wunsch der Minderheit, öffentliche Mittel für denkmalpflegerische Maßnahmen beim großen Umbau des Kultur- und Verwaltungszentrums „Flensborghus“ einzuwerben, wurde grundsätzlich positiv aufgenommen.

Der Eigentümer, „Sydslesvigsk Forening“, müsse jetzt entsprechende Anträge einreichen. Allerdings konnten keine Versprechungen über eine öffentliche Förderung seitens des Bundesinnenministeriums abgegeben werden.

Zum Abschluß der Sitzung wurden Karl Otto Meyer, der über 33 Jahre im Ausschuß mitgewirkt hat, und Wilhelm Klüver als Sprecher der dänischen Minderheit vom Parlamentarischen Staatssekretär Carstens feierlich verabschiedet, da beide mit Ende der Wahlperiode ausscheiden.

Dieter Lenz in: Flensburg Avis, 2.7.1998

Gewerkschaften wollen Mitwirkung bei Verteilung von Interreg-Mitteln

FLENSBURG (uk). Der Internationale Gewerkschaftsrat (IGR) Sønderjylland/Landesteil Schleswig – er besteht aus Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)/Kreis Region Schleswig-Holstein Nord sowie des dänischen Gewerkschaftsbundes LO in Nordschleswig – hat eine „direkte Repräsentanz in der Leitung der Verwaltung der Interreg-Mittel“ gefordert, „wie dieses auch vom Wirtschafts- und Sozialausschuß der EU in einer Stellungnahme vom 1./2. Oktober 1997 über die Rolle der Arbeitsmarktpartner in Grenzregionen und Interreg-Programmen empfohlen wird.“

Ihre Forderung verdeutlichten die Gewerkschafter in ihrem „Aktionsplan für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen LO Amt Nordschleswig und DGB Kreis Region Schleswig-Holstein Nord“, der der IGR-Vertretertagung gestern in Flensburg vorlag.

Als Vision für eine deutsch-dänische Grenzregion stellte der IGR im Aktionsplan folgende Punkte vor: friedliche Koexistenz, gegenseitiger Respekt für Sprache und Kultur des anderen, weitere wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der Bevölkerungen, Gesellschaften und Wirtschaft, die Wachstum schafft, Arbeitsmarkt mit Platz für alle, Umwelteinwirkungen mit möglichst geringem Risiko für folgende Generationen sowie eine engere gesellschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Bevölkerungen und insbesondere den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern.

In ihrem Aktionsplan sprechen sich die Gewerkschafter für eine projektorientierte Zusammenarbeit aus und nennen das Arbeitnehmerprogramm Eures sowie das Projektkontor für grenzüberschreitende Arbeitsmarktinitiativen (Proga) als

Beispiele. Mit Proga werde die Veränderung der Wirtschaftsstruktur in der Grenzregion unterstützt.

Die Gewerkschafter fordern außerdem eine grenzüberschreitende wirtschaftspolitische Zusammenarbeit beiderseits der Grenze mit dem Ziel, Wachstum zu schaffen, um in politischen Initiativen auf dem Arbeitsmarkt verstärkt Frauen, Jugendlichen und Ungelernten Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten geben zu können. Innerhalb der Ausbildungseinrichtungen beiderseits der Grenze soll zudem ein verstärkter Austausch Jugendlicher stattfinden.

Im Blick auf den Regionalrat Schleswig/ Sønderjylland sei eine größere und konkretere Einbeziehung so vieler Akteure wie möglich erforderlich, beispielsweise in den Bereichen Sport, Kultur und Arbeitsplatzkontakte. „Diese Akteure sollten bestehende und neue grenzüberschreitende Aktivitäten (weiter)entwickeln, so daß eine Zentralisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vermieden wird.“ Der Regionalrat solle allein koordinierend und initiiierend tätig sein – und weniger als ein ausführendes Organ für Projekte und Aktivitäten wirken.

Nordschleswiger, 3.7.1998

Herzog: „Diese Grenze trennt keine Völker mehr“

Flensburg/Apenrade. Eines ist Voraussetzung: Die Staatsoberhäupter müssen gut bei Stimme sein. Königin Margrethe II. von Dänemark und Bundespräsident Roman Herzog bekommen bei ihrem gemeinsamen Besuch bei der dänischen Minderheit in Flensburg und bei der deutschen Minderheit in Apenrade vier Lieder dargeboten – und singen aus vollem Halse mit. Blitzblauer Himmel, Sonnenschein, sanfte Brise: Das deutsch-dänische Grenzgebiet hat sich für den royal-präsidentalen Besuch geputzt. Und die Organisatoren auf beiden Seiten haben ein umfangreiches Programm zusammengestellt.

Vor dem Flensburger Rathaus ist Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis pünktlich zur Stelle. „Ich freue mich, daß der Bundespräsident zum zweitenmal in so kurzer Zeit in den Norden kommt“, sagt die Regierungschefin, elegant in schwarz-weißem Ensemble und lindgrün behütet, dem Abendblatt. Herzog war auch Gast der „Kieler Woche“ gewesen.

Als Roman Herzog samt Kolonne anrollt, gibt es zaghaften Applaus. Aber was ist der dunkle Anzug des Ersten Deutschen gegen das pinkfarbene Blumenkleid mit passendem Blazer und hellem Strohhut mit pinkweißen Bändern von Königin Margrethe? Applaus, Fähnchen-Schwenken und „Hurra“-Rufe sind deshalb für sie und Prinzgemahl Henrik reserviert.

Im Rathaus preisen Oberbürgermeister Olaf Cord Dielewicz und Stadtpräsident

Peter Rautenberg Flensburg als „nördlichste Stadt Deutschlands und südlichste skandinavische Siedlung“. Je eine kobaltblaue Vase und einen Silberbecher bekommen die Gäste, die sich in das Goldene Buch eintragen.

Im Hof des „Borgerforeningen“ der dänischen Minderheit steht Per Anders in der ersten Reihe der vielen Schaulustigen. „Ich bin extra aus Glücksburg mit dem Bus gekommen, um die Königin zu fotografieren“, erzählt der Elfjährige und zückt seine Kamera. Drinnen klatschen die Gäste, als Heinrich Schultz, Vorsitzender des Südschleswigschen Vereins, feststellt: „Die dänische Minderheit versucht, kein Problem für die Mehrheit zu sein. Deshalb sind wir hier ein gutes Modell für das Zusammenleben.“ Der Bundespräsident lobt die deutsch-dänische Realität in Südschleswig als „Muster, von dem auch andere lernen können“. Die Minderheiten des Grenzraumes würden als Bereicherung der eigenen Gesellschaft und nicht als Störfaktor gesehen. Die Königin betont, es sei für alle Dänen bewegend, diese Gegend zu besuchen, „denn hier befindet sich der Brennpunkt der dänischen Geschichte schlechthin.“

Nach neun „Hurra“-Rufen und dem ersten dänischen Lied (sechs Strophen) wird es gemütlich. Zu Schnittchen gibt es Champagner, und Margrethe II. kann endlich eine Zigarette rauchen.

Nach einem kurzen Zwischenstopp im Europäischen Zentrum für Minderheitenangelegenheiten marschiert die ganze Gesellschaft durch die Fußgängerzone. Passanten winken mit dänischen Fähnchen, eine Pfadfindergruppe schmettert ein Ständchen. „Alles Gute für Sie“, wünscht ein Ehepaar dem Bundespräsidenten und fordert: „Bleiben Sie bloß im Amt!“ Roman Herzog quittiert es mit einem Lächeln. Ziel ist die dänische Zentralbibliothek für Südschleswig, wo eine Ausstellung mit Werken der Königin läuft. Nach dem zweiten dänischen Lied – diesmal zehn Strophen – erklärt die Monarchin Roman Herzog ihre Bilder. Die 34 Gemälde zeigen meist Naturszenen und sind in zarten Tönen gehalten.

Zum Mittagessen geht's über die Grenze, denn im Hafen von Apenrade wartet schon über die Toppen geflaggt die königliche Yacht „Dannebrog“. Bevor zu Seewolf, Rinderbraten und Pfirsichtorte ein edler Tropfen von Prinz Henriks französischem Weingut gereicht wird, begrüßen erst einmal Margrethes Dackel Celimene und Emma ihr Frauchen.

Die abschließende Kaffeetafel ist im Deutschen Gymnasium Apenrade gedeckt. „Wir begrüßen unsere Königin und unseren Bundespräsidenten“, sagt Hans Heinrich Hansen vom Bund deutscher Nordschleswiger und stimmt die vier Strophen von „Geh aus, mein Herz, und suche Freud“ an.

„Die deutsche Volksgruppe trägt dazu bei, das Leben hier im Grenzland zu bereichern“, lobt die Königin, „in Treue zur Heimat und loyal gegenüber dem Land, in dem sie vollgültige Bürger sind.“ Der Bundespräsident bezeichnet die

Minderheiten auf beiden Seiten als „Brücke der Verständigung zwischen Deutschen und Dänen“ und betont: „Die Grenze hier wird bleiben, aber sie trennt keine Völker mehr, sondern ist eine Grenze in Frieden und Freundschaft.“

Als Sahnetorten und Butterkuchen verspeist sind, das letzte deutsche Lied verklungen ist, winken die Kleinen aus dem Deutschen Kindergarten den hohen Gästen zum Abschied. Ende eines heiteren Staatsbesuchs. Die Anlieger gegenüber der Schule räumen die dänischen Fahnen ein und schultern ihre Badetaschen. Jetzt lockt der Ostseestrand.

Marlies Fischer in: Hamburger Abendblatt, 21.7.1998

Stolze Sternstunde

dm. Vor fast auf den Tag genau 100 Jahren, am 16. Juli 1898, besuchte die deutsche Kaiserin Auguste Viktoria mit der Yacht „Iduna“ Apenrade und mußte sich wegen eines heftigen Nordweststurmes mit einem Spaziergang mit ihren drei Prinzen im Jürgensgaarder Gehölz begnügen. 100 Jahre später zeigte sich nicht nur das Wetter von einer anderen, sonnenstrahlenden Seite – symbolisch für den ersten gemeinsamen Besuch beider Staatsoberhäupter im Grenzland und bei beiden Minderheiten. Der Deutschlandfunk in Köln kommentierte bereits vor Besuchsbeginn: „Heute wird in Europa Geschichte gemacht.“ Als „Meilenstein in der Geschichte Europas“ bezeichnete der Rundfunksender die Tatsache, daß sowohl die dänische Monarchin als auch der deutsche Bundespräsident mit ihrem Besuch bei beiden Minderheiten auch für Europa ein Zeichen setzten!

Ohne etwa den akuten Kosovo-Konflikt zu erwähnen, verwies die Königin darauf, daß im Gegensatz zu Respekt und Vertrauen im deutsch-dänischen Grenzland dies in anderen Grenzregionen keine Selbstverständlichkeit ist, und dies „wird uns jeden Tag in Erinnerung gerufen“. Der Bundespräsident ging abweichend von seinem vorab der Presse zur Verfügung gestellten Redemanuskript just darauf ein, daß die Chancen der heutigen Generation darin bestehen, das Blutvergießen früherer Zeiten zu beenden und Grenzen so niedrig wie möglich zu halten, auch wenn es immer Grenzen geben wird. Beispielgebend für Europa, ja für die Welt, nannte Roman Herzog die deutsch-dänischen Erfahrungen von Mehr- und Minderheiten. Zweifelsohne lag besonders der deutschen Seite beim Zustandekommen des Besuchs der beiden Staatsoberhäupter dieser außen- und sicherheitspolitische Aspekt sehr am Herzen. Die Gefahr, daß notfalls von draußen Ordnung in Ex-Jugoslawien geschaffen werden soll, lauert offenbar im Bonner Hinterkopf. Dies muß man wissen und einordnen, um auch zu verstehen, warum es hinter den Kulissen ein Tauziehen um jede kostbare Minute des historischen Besuchs gegeben hat. Es war deshalb schon richtig, daß der Besuch

beim Minderheitenzentrum ECMI in Flensburg durchgeführt wurde – trotz mancher Versuche, diesen Programmpunkt im Vorfeld noch zu kippen.

Der BdN-Hauptvorsitzende Hans Heinrich Hansen hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Besuch um eine Sternstunde nicht nur für die deutsche Minderheit gehandelt hat. Die Herzlichkeit, die beide Staatsoberhäupter ausstrahlten, wärmte die deutschen Nordschleswiger, denen Königin Margrethe die „besten Zukunftswünsche“ aussprach. Wichtig war der Hinweis der Monarchin, mit ihrem Willen, die starken Bande zur reichhaltigen deutschen Kultur zu bewahren und zu pflegen, trage die deutsche Volksgruppe dazu bei, das Leben hier im Grenzland zu bereichern. Ein Hinweis, der an ihre berühmten Worte 1986 erinnerte, als die Königin in Tingleff der deutschen Volksgruppe bescheinigte, eine zusätzliche Dimension für den Landesteil darzustellen. Auch die Rede des Bundespräsidenten – in Apenrade etwas länger als die der Königin, in Flensburg bei der dänischen Minderheit dann umgekehrt – enthielt beeindruckende Passagen, so vor allem aus präsidialem Munde das Kompliment: „Mit großem Recht kann die deutsche Volksgruppe heute stolz sein.“ Ja, der Hauptvorsitzende konnte gestern abend im Namen aller deutschen Nordschleswiger richtig stolz sein; nicht zuletzt auch nach dem perfekt und atmosphärisch so angenehm entspannten Verlauf der knapp 50minütigen Veranstaltung im Deutschen Gymnasium.

Es war wohl seit 1920 der größte Festtag in der Geschichte der deutschen Minderheit, auf den man mit Dankbarkeit zurückblickt und der Deutsche und Dänen für die Zukunft ermutigen sollte, den jetzigen Kurs der guten Nachbarschaft mit Respekt vor der jeweiligen Eigenart fortzusetzen und auszubauen.

Kommentar von Siegfried Matlock in: Nordschleswiger, 21.7.1998

Simonis würdigt Minderheiten

ce. APENRADE. Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) hat den gemeinsamen Besuch der dänischen Königin Margrethe II. und des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog bei der dänischen Volksgruppe im Landesteil Schleswig und der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig als Anerkennung der Arbeit der beiden Minderheiten gewürdigt. „Der Bundespräsident bringt die Hochachtung für die Leistung der Dänen und der Deutschen diesseits und jenseits der Grenze zum Ausdruck“, sagte Heide Simonis, die die beiden Staatsoberhäupter gestern nach Flensburg und Apenrade begleitete. „Die erfolgreiche Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein ist ein Werk von vielen“, so Heide Simonis. Die dänische Minderheit trage mit ihrer kulturellen Unabhängigkeit in besonderer Weise zur kulturellen Vielfalt im Landesteil

Schleswig bei.

Die Minderheitenpolitik in ganz Europa zu verbessern sei das Ziel des Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen (ECMI) in Flensburg, das gemeinsam von Schleswig-Holstein, der Bundesregierung und der dänischen Regierung errichtet worden ist. Die Ministerpräsidentin betonte, daß der Grenzlandbeauftragte Schleswig-Holsteins, Kurt Schulz, ein Garant für die gute Zusammenarbeit im Grenzland sei.

Nordschleswiger, 21.7.1998

Minderheit bleibt fern

Schleswig-Holstein Tag ärgert Dänen

KIEL. Erst Anfang vergangener Woche haben die dänische Königin Margrethe II. und Bundespräsident Roman Herzog das Zusammenleben der dänischen Minderheit mit den Schleswig-Holsteinern als vorbildlich gelobt. Doch dem Schleswig-Holstein-Tag, am 29. August in Elmshorn, bleibt die Minderheit fern.

Zunächst hatten die Dänen mit deutschen Pässen das ursprüngliche Motto „150 Jahre Demokratie“ bemängelt. Grund: Im Bezugsjahr 1848 erhoben sich die Schleswig-Holsteiner gegen ihren dänischen Landesherrn. Der Vorsitzende des Landeskuratoriums für den Schleswig-Holstein-Tag, Harald Kracht, zeigte Verständnis für die Kritik. Aber auch nach der Änderung in „150 Jahre Streben nach Demokratie“ sei die dänische Minderheit nicht bereit gewesen teilzunehmen. Man wolle nicht nach Holstein.

Der Schleswig-Holstein-Tag ist in diesem Jahr eingebettet in das Elmshorner Hafenfest. Neben zahlreichen Vorträgen zum Leitmotto des Tages gibt es eine große Zahl von Aktionen. 31 Verbände haben sich auf den Tag vorbereitet. Überall in der Stadt werden Tanzgruppen in Trachten zu sehen sein. Es gibt einen Umzug sowie zahlreiche Präsentationen von altem Handwerk und Spielangebote für Kinder.

Lübecker Nachrichten, 30.7.1998

Flensburg nicht der optimale Standort? ECMI-Vorstand „enttäuscht“ von Troebst

Für den scheidenden Direktor des Europäischen Minderheitenzentrums (ECMI), Dr. Stefan Troebst, ist Flensburg nicht der optimale Standort für die Einrichtung. Zur Begründung nannte er die periphere Lage Flensburgs und die ungünstige Verkehrsinfrastruktur. Gerade zu kurzen Tagungen komme niemand nach Flensburg.

Auch sei die Wissenschaftsinfrastruktur in Flensburg „dünn“. Eine große Bibliothek sei vonnöten, in der vor allem „Periodika aller Art“ vorhanden seien. Durch die wachsende Bedeutung des Internet – unsere wichtigste Informationsquelle – werde dieser Nachteil jedoch zunehmend kompensiert.

Zu den regionalen Standortnachteilen kämen, so Troebst, nationale. Das deutsche Ausländerrecht, aber auch die Besteuerung und die Lohnnebenkosten hätten in den zurückliegenden Jahren dazu geführt, daß gewünschte Kandidaten nicht eingestellt werden konnten.

Der Vorstand des Trägervereins ist „enttäuscht“ von Troebst. Das sagte auf Tageblatt-Anfrage der Vorsitzende, J. K. Hansen. Troebst habe bei seinem Antritt

vor knapp zwei Jahren gewußt, daß Flensburg als ein „Standort zwischen zwei Minderheiten“ bewußt gewählt worden sei und nicht zur Disposition stehe. Auch lehne der Vorstand Troebsts Anregung ab, eine ECMI-Filiale in einer Großstadt wie Wien, Brüssel oder Genf zu etablieren: „Dann“, so Hansen, „könnte diese Filiale schnell das eigentliche Zentrum werden.“ In der Standortfrage sei sich der Vorstand mit Troebst „ganz uneinig“, betonte Hansen.

Der Vorsitzende bestritt die von Troebst ins Feld geführten Standortnachteile und erwähnte als Beispiel den von Flensburg gut erreichbaren Flughafen Sonderburg. Er rechne nicht damit, daß der Vorstand noch in diesem Jahr einen neuen Direktor finden werde. Am 1. Oktober wird François Grin aus Genf als geschäftsführender Direktor Troebst ablösen, der eine Professur in Sachsen übernehmen werde. Der 42jährige Historiker hat das ECMI mit aufgebaut und ist seit Eröffnung im Dezember 1996 sein Leiter.

Flensburger Tageblatt, 20.8.1998

Grenzfriedensbund mit neuer Anschrift

Liebe Mitglieder und Freunde!

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes ist im September 1998 umgezogen. Im Gebäudekomplex des ADS-Kindergartens *Mariantreppe 10, 24939 Flensburg*, haben wirkostengünstige Räumlichkeiten mit einem separaten Eingang gefunden. Das Haus befindet sich etwa auf halber Höhe der Mariantreppe. Ein Hinweisschild auf die Geschäftsstelle ist an der Hauswand angebracht.

Parkmöglichkeiten bestehen am Schloßwall, in dem Parkhaus Segelmacherstraße (ca. 3 Min. Fußweg) oder für Leser der Dansk Centralbibliothek auch in der Bibliotheksgarage. Ebenfalls ab 1. Oktober 1998 hat sich meine private Telefonnummer, unter der Sie mich auch außerhalb der Geschäftszeiten erreichen können, geändert.

Wählen Sie bitte *04 61 / 3 15 60 21*.

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Schumann

Geschäftsführerin des Grenzfriedensbundes